

Ein Lesebuch des Zivilen Friedensdienstes

Berichte, Artikel und Dokumente
2014/2015

„Fast immer erhalten wir nach einem Dialog einen Anruf der Schulleitung, in dem sie uns bitten wiederzukommen und mit noch mehr Jugendlichen zu sprechen. Auch in den Evaluationsbögen, die alle Teilnehmenden ausfüllen, beschreiben die Jugendlichen, dass die Gespräche mit den Veteranen ihre Einstellung zu Krieg und Gewalt verändert haben, und dass sie sich für ein friedliches Miteinander einsetzen möchten.“

Ein Lesebuch des Zivilen Friedensdienstes

Berichte, Artikel und Dokumente

2014/2015

Herausgeber: Konsortium Ziviler Friedensdienst (ZFD) 2016

Hinweis: Das Konsortium ZFD bemüht sich um eine gendergerechte Schreibweise. Bei Zweitveröffentlichungen in diesem Lesebuch wurde die Originalschreibweise beibehalten.

MIT FINANZIELLER UNTERSTÜTZUNG DES:

BMZ  Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung



ALLTÄGLICHE STRASSENSZENE IN JERUSALEM

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

gewalttätige Konflikte und Kriege nahmen in den letzten Jahren weltweit zu: Der Nahe Osten droht in einem umfassenden Krieg zu versinken; im zentralen Afrika zerfallen mehrere Staaten und in der Sahelzone verstärkten sich Ressourcenkonflikte; mit Libyen ist ein Land direkt vor den Toren Europas zerbrochen und auch nach Europa selbst ist der Krieg zurückgekehrt: Der Konflikt in der Ukraine zeigt, wie schnell ein schwelender Konflikt eskalieren kann.

Diese zunehmenden Konflikte und Kriege haben Millionen Menschen vertrieben. Allein in Syrien mussten in den letzten drei Jahren über zehn Millionen Menschen ihre Heimat verlassen. Sie verlieren dadurch alles: ihren Besitz, ihre Arbeit, ihre soziale Integration und oft auch ihre Würde. Auch in Deutschland ist diese Entwicklung zu spüren. Etwa eine Million geflüchtete Menschen haben 2015 Deutschland erreicht. Deren Integration und Versorgung stellt Staat und Gesellschaft vor große Herausforderungen. Verteilungskonflikte und das Erstarken rechter Bewegungen und Parteien sind zu registrieren.

Zur Beilegung dieser Konflikte hat sich Gewalt wiederholt als ungeeignet erwiesen. Die Bilanz der militärischen Interventionen der letzten 20 Jahre ist verheerend. Militärische Gewalt bedeutet immer noch mehr Krieg, noch mehr Zerstörung und noch mehr gesellschaftlichen Zerfall.

Umso wichtiger ist die zivile Bearbeitung aktiver und schwelender Konflikte. Nur durch eine Transformation der Konflikte in einen Rahmen von Dialog und Verständigung kann Gewalt eingedämmt, können Konfliktsachen bearbeitet und kann ein Fundament für eine friedliche Zukunft gelegt werden. Diese langfristigen Friedensprozesse zu unterstützen und zu fördern ist die Aufgabe des Zivilen Friedensdienstes (ZFD). Mit dem ZFD verfolgen Zivilgesellschaft, Kirchen und Staat in einem einzigartigen Gemeinschaftswerk das

Interesse an einer friedlichen Entwicklung der Welt. Das Budget für den Zivilen Friedensdienst betrug 2015 etwa 39 Millionen Euro. 2016 wird der ZFD mit rund 42 Millionen Euro gefördert.

Wir, die Trägerorganisationen des ZFD, haben uns seit 1999 mit mehr als 1.000 Fachkräften in 50 Ländern engagiert. Wir sind damit eines der größten Netzwerke von Expertinnen und Experten der Friedensarbeit weltweit. Gemeinsam mit lokalen Partnerorganisationen arbeiten wir in Krisengebieten daran, dass Konflikte mit gewaltfreien Mitteln ausgetragen werden. Um die Eskalation hin zur Gewalt zu verhindern, richten wir den Blick auf die Friedenspotenziale einer Gesellschaft und setzen bei den Ursachen von Konflikten an. Gemeinsam mit lokalen Partnern bearbeiten wir die Ursachen von Gewalt, indem wir beispielsweise:

Menschenrechte stärken – Wir setzen uns dafür ein, dass Menschenrechtsverletzungen aufgeklärt und Menschenrechtsaktivistinnen und Menschenrechtsaktivisten geschützt werden.

Versöhnung fördern – Wir begleiten den Dialog zwischen verfeindeten Parteien und helfen ihnen, Gewalterfahrungen und Kriegserlebnisse aufzuarbeiten.

Gewaltprävention unterstützen – Wir fördern lokale Bildungs- und Mediationsangebote, in denen Teilnehmende lernen, mit Konflikten gewaltfrei umzugehen.

Opfern von Gewalt helfen – Wir unterstützen benachteiligte Gruppen und Opfer von Gewalt dabei, sich politisch zu artikulieren und ihren berechtigten Interessen Gehör zu verschaffen.

Wie wir das im Einzelnen machen, wie unsere Fachkräfte und Partner vor Ort arbeiten und wie Friedensarbeit gelingen kann, all das können Sie in diesem Lesebuch erfahren. In 14 beispielhaften Berichten aus 13 Ländern und vier Kontinenten erhalten Sie einen Einblick in die Arbeit unserer Partner, unserer Fachkräfte und in die von uns unterstützten Initiativen.

WIR WÜNSCHEN IHNEN EINE ANREGENDE UND ERMUTIGENDE LEKTÜRE,



JÜRGEN DEILE
SPRECHER DES KONSORTIUMS ZFD



HANS JÖRG FRIEDRICH
SPRECHER DES KONSORTIUMS ZFD

Inhalt

Ziviler Friedensdienst (ZFD)		3	Editorial
		6	Weltkarte des ZFD
		10	„Konfliktvermeidung ist keine angemessene Strategie!“ Ein Gespräch mit Jochen Neumann
		13	Vision und Mission des ZFD

Aufarbeitung und Trauma	Uganda	14	Angebunden, misshandelt, ins Gefängnis gesteckt Eine Ausstellung und Studie über psychisch erkrankte Menschen in Uganda
-------------------------	--------	-----------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

	Palästina	18	Von Besatzung, Trauma und Paartherapie Psychische Gesundheitsversorgung in Bethlehem
--	-----------	-----------	------------------------------------------------------------------------------------------------

	Guatemala	20	Das Schweigen brechen Frauen, die Opfer sexueller Gewalt während des bewaffneten Konflikts geworden sind, eine Stimme geben
--	-----------	-----------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

	Kenia	22	Philips Traum Eine Milchkooperative in Kenia fördert Gemeinschaft
--	-------	-----------	-----------------------------------------------------------------------------

Dialog und Verhandlung	Bolivien	26	Die Willkür ordnen Wie El Alto ein akzeptiertes Verkehrsgesetz bekam
------------------------	----------	-----------	--------------------------------------------------------------------------------

Friedensjournalismus	Sierra Leone	30	Friedensjournalismus in Krisensituationen Sierra Leone als Fallstudie
----------------------	--------------	-----------	---------------------------------------------------------------------------------

Versöhnung	Kolumbien	36	„Zwölf Sommer und elf Winter“ Begleitung einer Exhumierung in Kolumbien
------------	-----------	-----------	-----------------------------------------------------------------------------------

	Burundi	40	„Wo das Recht auf Rache erlischt“ Interview mit Emmanuel Nibayubahe
--	---------	-----------	-------------------------------------------------------------------------------

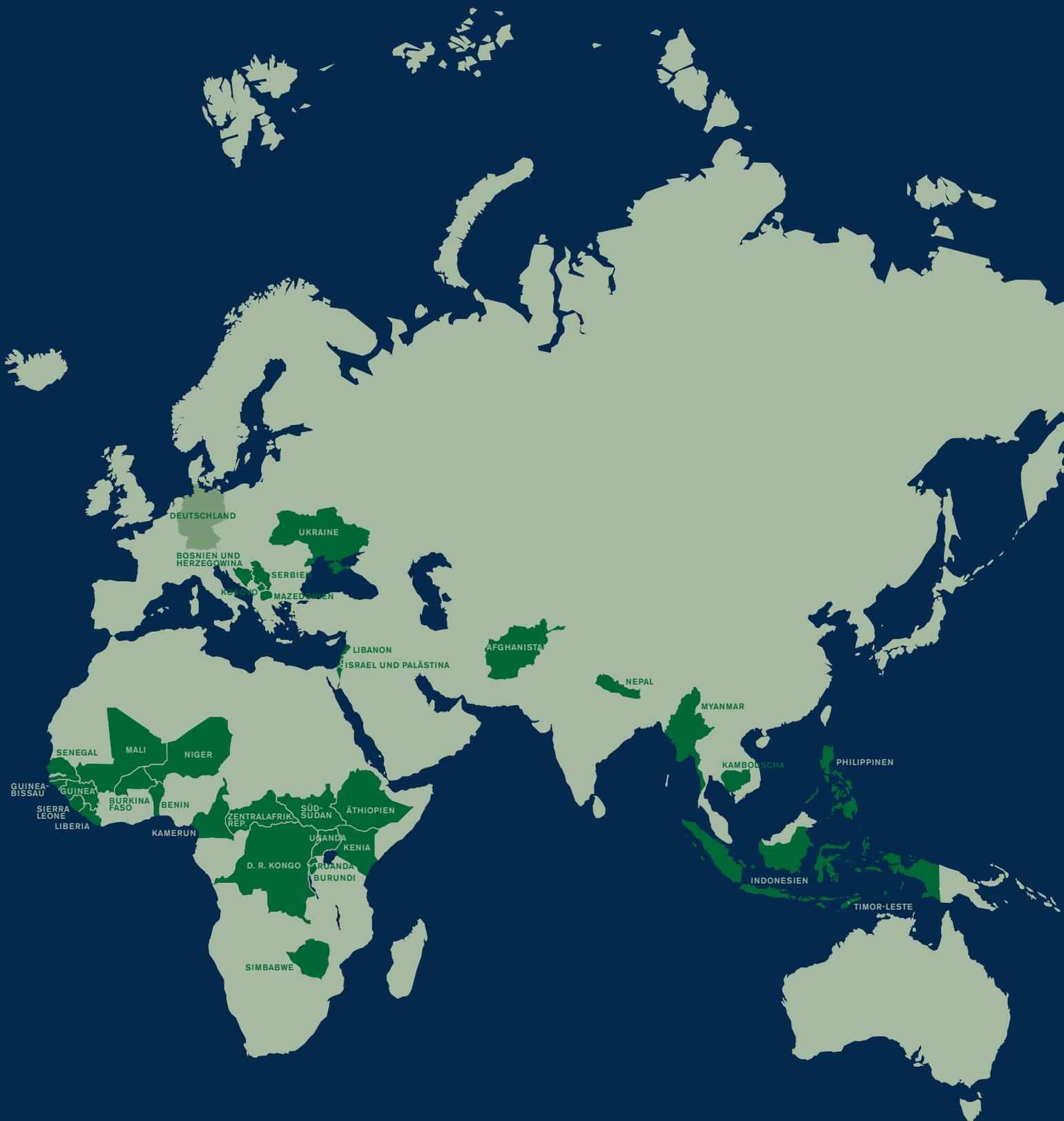
	Bosnien-Herzegowina	42	Kriegserfahrung für eine friedliche Zukunft Bosnien-Herzegowina: Veteranen diskutieren mit Jugendlichen über ihre Erfahrungen
--	---------------------	-----------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

	Philippinen	46	Transitional Justice in Mindanao und den Philippinen Interview mit Ruben Carranza
Gewaltfreiheit	Palästina	50	Gewaltfrei für gerechten Frieden in Nahost Erfahrungen des gewaltfreien Widerstands
Advocacy	Mexiko	54	Schutzbegleitung im Norden Mexikos: Ein Rückblick auf die ersten zwei Jahre
	Kolumbien	58	Wasser ist wichtiger als Kohle Das Anwaltskollektiv José Alvear Restrepo begleitet im Nordosten Kolumbiens Menschen, denen der Steinkohleabbau die Lebensgrundlage nimmt
Jugendliche	Ruanda	60	„Wir wollen den jungen Leuten eine Stimme geben“ Gespräch mit der Friedensfachkraft Johanna Wild
Handbücher und Studien zur zivilen Konfliktbearbeitung	Ex-Jugoslawien	64	Reconciliation?! Training Handbook for Dealing with the past
	Kambodscha	65	Gender-based violence against sexual minorities during the Khmer Rouge regime
	Afrika/Nepal	66	Theatre for Peace
	Philippinen	66	Integrating Peace Education in Teacher Education
	Bolivien	67	Metodologia de Cultura de Paz
	Kenia	67	Manual Inter-Religious Dialogue
Ziviler Friedensdienst (ZFD)		68	Weitere Informationen zum Zivilen Friedensdienst

Weltkarte des ZFD



Seit 1999 arbeiteten mehr
als 1.000 Friedensfachkräfte
in über 50 Ländern.



Derzeit sind rund 300 Fachkräfte für den ZFD tätig. Der ZFD ist in 39 Ländern aktiv.

STAND: 31.12.2015

Ziviler Friedensdienst ZFD

Der ZFD arbeitet weltweit in Projekten zur gewaltfreien Konfliktbearbeitung und vermittelt Fachkräfte, die Partner vor Ort unterstützen. Krisenprävention, Gewaltminderung und langfristige Friedenssicherung sind seine Ziele.

Der ZFD begann als eine zivilgesellschaftliche Initiative in den neunziger Jahren. Den Anstoß dazu gaben die Kriege im zerfallenden Jugoslawien. Seit Beginn der staatlichen Förderung im Jahr 1999 entwickelte sich der ZFD – und mit ihm die zivile Konfliktbearbeitung – von einem Modellversuch zu einem anerkannten Instrument der Friedens- und Entwicklungspolitik.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) förderte die Arbeit des Zivilen Friedensdienstes von 1999 bis 2015 mit rund 330 Millionen Euro. Im Jahr 2015 betrug die Fördersumme etwa 39 Millionen Euro. 2016 wird der ZFD mit 42 Millionen Euro gefördert.

„Der ZFD ist ein nützliches Instrument, das weitergeführt werden sollte. Der Fokus des ZFD auf die zivile Friedensförderung mit einer Konzentration auf die Stärkung zivilgesellschaftlicher Dialog- und Versöhnungskapazitäten in Konfliktgesellschaften passt sehr gut in das Instrumentenrepertoire der deutschen Friedens- und Entwicklungspolitik, das sich angesichts der historischen Erfahrungen Deutschlands mit Versöhnung nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt hat.“

BMZ-EVALUIERUNGSBERICHTE 054: DER ZIVILE FRIEDENSDIENST
– SYNTHESEBERICHT, 2011

„Ein wichtiges Instrument der Bundesregierung, das spezifisch auf Krisenprävention ausgerichtet ist, ist der Zivile Friedensdienst (ZFD). Im Rahmen des ZFD wurden seit Programmbeginn 1999 für mehrjährige Einsätze insgesamt über 900 Friedensfachkräfte in rund 50 Länder entsendet.“

4. BERICHT DER BUNDESREGIERUNG ÜBER DIE UMSETZUNG
DES AKTIONSPLANES „ZIVILE KRISENPRÄVENTION,
KONFLIKTLÖSUNG UND FRIEDENSKONSOLIDIERUNG“, 2014

Konsortium ZFD

Der ZFD wird von neun friedens- und entwicklungspolitischen Organisationen getragen und umgesetzt, die sich im Konsortium ZFD zusammengeschlossen haben. Dank seiner pluralen Trägerstruktur verfügt das Konsortium ZFD über verschiedene Zugänge zu Organisationen und Institutionen in den Konfliktgesellschaften. Im Sinne eines Gemeinschaftswerks von Zivilgesellschaft und Staat arbeitet das Konsortium ZFD gemeinsam mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) an der Gestaltung des Programms und seiner strategischen Ausrichtung.

Mehr Informationen: www.ziviler-friedensdienst.org

Trägerorganisationen



Die **Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF)** ist ein Dach- und Fachverband der Friedensdienste im Raum der evangelischen Kirche.

www.friedensdienst.de



Die **Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH) e.V.** ist der Personaldienst der deutschen Katholiken für Entwicklungszusammenarbeit.

Die AGEH vermittelt weltweit qualifiziertes Fachpersonal in Vorhaben der Entwicklungs- und Friedensarbeit.
www.ageh.de



Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst ist das Entwicklungswerk der evangelischen Landes- und Freikirchen in Deutschland. Seit fast 60

Jahren werden unter anderem Projekte von Partnern weltweit gefördert, Fachkräfte und Freiwillige vermittelt, Stipendien vergeben und entwicklungspolitische Bildungsarbeit in Deutschland unterstützt.

www.brot-fuer-die-welt.de



EIRENE ist ein internationaler christlicher Friedensdienst. EIRENE-Fachkräfte arbeiten mit Partnerorganisationen in Afrika und Lateinamerika zusammen, die sich für die friedliche Lösung von Konflikten, die Verteidigung und den Schutz der Menschenrechte und für eine nachhaltige Entwicklung einsetzen.

www.eirene.org



Das **Forum Ziviler Friedensdienst e. V. (forumZFD)** wurde 1996 von Friedens- und Menschenrechtsgruppen als überparteilicher und überkonfessioneller Verein gegründet und setzt sich für einen Vorrang

ziviler Mittel in der Konfliktbearbeitung ein. Das *forumZFD* arbeitet mit Friedensfachkräften in Konfliktregionen und in Deutschland.

In seiner Akademie für Konflikttransformation bildet das *forumZFD* Friedensfachkräfte aus, die weltweit in der Gewaltprävention und der Friedensförderung eingesetzt werden.

www.forumZFD.de



Als weltweit tätiger Dienstleister der internationalen Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung

entwickelt die **GIZ** mit ihren Partnern wirksame Lösungen, die Menschen Perspektiven bieten und deren Lebensbedingungen dauerhaft verbessern. Als gemeinnütziges Bundesunternehmen unterstützt sie die Bundesregierung und viele weitere öffentliche und private Auftraggeber in unterschiedlichsten Themenfeldern. Mit dem Programm Ziviler Friedensdienst (ZFD) unterstützt die GIZ Menschen weltweit, Konflikte gewaltfrei auszutragen und gesellschaftliche Veränderungen auf Grundlage der Menschenrechte zu gestalten.

www.giz.de/ziviler-friedensdienst



Die **KURVE Wustrow – Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion e.V.**

– wurde 1980 gegründet. Sie trägt dazu bei, Betroffenheit über kriegerische Auseinandersetzungen, ökologische Zerstörung und soziale Ungerechtigkeit in überlegtes gewaltfreies Handeln umzusetzen.

www.kurviewustrow.org



peace brigades international - Deutscher Zweig e.V. ist eine von den Vereinten Nationen anerkannte Menschenrechtsorganisation. Auf

ausdrückliche Nachfrage lokaler Gruppen, die von politisch motivierter Gewalt betroffen sind, organisiert pbi eine schützende Präsenz mithilfe internationaler Freiwilligenteams.

www.pbi-deutschland.de



Der **Weltfriedensdienst (WFD) e.V.** wurde 1959 als Reaktion auf die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik gegründet. Partnern im Süden werden

Fachkräfte vermittelt, die sich mit ihnen gemeinsam für die Verbesserung der Lebensbedingungen und für mehr Gerechtigkeit engagieren. In Deutschland sorgt der WFD durch innovative Bildungsarbeit dafür, dass die Verantwortung des Nordens für die Probleme des Südens Thema bleibt.

www.wfd.de

Konfliktvermeidung ist keine angemessene Strategie!

KONFLIKTBEARBEITUNG IN KRISENREGIONEN WELTWEIT – EIN GESPRÄCH MIT JOCHEN NEUMANN

Welcher Konflikt hat Sie selbst jüngst aus der Ruhe gebracht, und wie hätte der Zivile Friedensdienst Sie unterstützen können?

Hier in der Region haben sich einige Neonazis in einem Dorf angesiedelt. In diesem Zuge wurde ein lokales Bündnis gegen Rechts gegründet, um Gegenstrategien zu entwickeln. Dabei Beratung zu erhalten, das wäre hilfreich gewesen. Das ist in der Regel die Rolle einer Fachkraft im Konfliktfall: Fachwissen einzuspeisen und lokale Organisationen bei der Konfliktbearbeitung zu unterstützen.

Und dieses Vorgehen ließe sich so auch auf die Arbeit des ZFD übertragen?

Genau. Es gibt in Konfliktländern lokale Friedensorganisationen, zivilgesellschaftliche oder staatliche Akteure, die von den deutschen Trägern, die über den ZFD Fachkräfte entsenden, unterstützt werden. Die Fachkraft vor Ort ist dann in der Regel an eine solche Partnerorganisation angebunden und unterstützt sie bei ihrer Arbeit mit ihrer Expertise.

Bei der Stabilisierung von Frieden in Konfliktregionen denkt man an militärische Interventionen. Wie lässt sich der ZFD in diesen Kontext einordnen?

Es werden keine militärischen Missionen unterstützt, sondern zivile, gewaltfreie Konflikttransformation durch die lokale Zivilgesellschaft, aber auch staatliche Akteure. Wir beraten z.B. zusammen mit der

Lehrergewerkschaft das Erziehungsministerium in Palästina bei der Einführung eines Streitschlichtungsprogramms in der Westbank.

Also verfolgt der ZFD andere Ziele als z.B. die UN-Blauhelme?

Das Ziel mag am Ende dasselbe sein. Die Mittel sind jedoch andere. Der ZFD will einen Beitrag dazu leisten, dass Krisen oder deren Eskalation verhindert werden, dass Gewalt reduziert wird und langfristig Frieden aufgebaut werden kann. Der ZFD ist keine »schnelle Eingreiftruppe« zur Krisenintervention. Er setzt auf nachhaltige Beziehungen mit lokalen Akteuren. Frieden kann ja nicht über Nacht entstehen und auch nicht von außen aufgezwungen werden. Die lokalen Kräfte müssen den Konflikt selbst lösen, können dabei aber durch unsere Fachkräfte begleitet werden.

Der ZFD ist derzeit mit 250 Fachkräften in 39 Ländern aktiv. Gibt es Regionen, wo Sie »Dauer-gast« sind oder wo Sie weniger langfristig vor Ort sein müssen?

Seit 1998 sind unsere Fachkräfte auf dem Balkan sowie in Israel und Palästina aktiv. Das sind »klassische« Regionen, aber es kommt in der Regel jedes Jahr ein neues Land hinzu. Mittlerweile ist der ZFD in Mittel- und Südamerika, Afrika, dem Nahen Osten, in Asien und auf dem Balkan tätig.



JOCHEN NEUMANN,
GESCHÄFTSFÜHRER DER KURVE WUSTROW

Wie sieht die Arbeit der Fachkräfte vor Ort aus?

Der ZFD ist in allen Phasen eines Konflikts aktiv. Während des Konflikts beraten wir die lokalen Akteure, die versuchen, alle Konfliktparteien an einen Tisch zu bringen. Wenn Menschenrechtsaktivisten bedroht sind, bietet ein Träger des ZFD Schutzbegleitung an. Außerdem werden Menschenrechtsverletzungen dokumentiert oder Dialogräume geschaffen – in der Regel mit Blick auf traditionelle Schlichtungsinstanzen. Diese sollen gestärkt werden, sodass die lokalen Friedenskapazitäten genutzt werden. Die Hauptarbeit findet aber nach dem Konflikt statt. Um zu verhindern, dass der Konflikt wieder ausbricht, setzen wir an der Wurzel an: Aufarbeitung der Vergangenheit, psychosoziale Unterstützung der oft traumatisierten Opfer, Aufbau von Informations- und Kommunikationsstrukturen, z.B. Friedensjournalismus, Vernetzung von Friedensakteuren und die Verankerung von Friedenserziehung im Bildungswesen – dies reicht von einzelnen Kursen über Materialentwicklung bis hin zu einem Lehrplan an Schulen und Universitäten. Das ist das Spektrum der Aktivitäten. Wir sind uns aber bewusst, dass wir nur einen Beitrag leisten können zum Aufbau von Frieden oder zum Ende der Gewalt in einem heißen Konflikt.

Könnten Sie das Vorgehen der Fachkräfte an einem Beispiel verdeutlichen?

In den Dörfern in der Westbank gibt es, was in Deutschland kaum bekannt ist, viele gewaltfreie

Initiativen. Die widersetzen sich z.B. dem Mauerbau, der ihnen den Zugang zu ihren Olivenhainen abschneidet, mit Demonstrationen oder Blockaden. Die Aktivisten der einzelnen Dörfer sind lose miteinander vernetzt. Zwei unserer Fachkräfte versuchen, diese Netzwerke zu stärken, ihre Strategieentwicklung zu befördern, z.B. welche gemeinsamen Aktionsformen sie nutzen können. Die eine Fachkraft unterstützt gewaltfreie Aktionen und deren Strategieentwicklung durch Trainings und Beratung, die andere Fachkraft unterstützt in der Medienarbeit. Sie haben z.B. mit einem lokalen Filmemacher Aktivisten ausgebildet, die mit einer Handkamera ihre Arbeit dokumentieren. Daraus ist ein Projekt mit acht Filmen geworden, die im September 2014 im Goethe-Institut in Ramallah gezeigt wurden. Die Filme wurden bisher von internationalen Festivals in Dubai und Bristol angenommen und die Filmemacher eingeladen. So können sie ihr Anliegen einer breiteren Öffentlichkeit bekannt machen. Und da wir mit einer Partnerorganisation auf israelischer Seite arbeiten, entstehen auch dort Kontakte. Fachkräfte, die leichter über Grenzen gelangen, können im Idealfall Brücken bilden oder Räume bieten, sodass die Menschen sich über die Konfliktlinien hinweg austauschen können.

Sprich, die Fachkräfte sind wirklich dicht dran am Konfliktgeschehen?

Wenn die Initiativen Aktionen planen oder durchführen, dann tragen wir nicht deren Banner, aber wir

stehen am Straßenrand und dokumentieren: Wie verläuft die Aktion? Wie verhält sich die Gegenseite? Gibt es Menschenrechtsverletzungen? Gibt es Verhaftungen? Wann kommen die wieder frei? Da können wir von außen wiederum politischen Druck ausüben.

Wie bereiten Sie Ihre Fachkräfte auf diese anspruchsvolle Arbeit vor?

Der ZFD bietet die Möglichkeit, die Fachkräfte drei Monate vor der Ausreise speziell vorzubereiten. In der Regel bringen sie aber schon ein gewisses Profil mit.

Wie sieht das aus?

Das ist natürlich verschieden. Für besagtes Projekt in der Westbank sollten sie Erfahrungen mit gewaltfreien Aktionen haben, mit Kampagnenarbeit oder aber mit Medienarbeit. Wichtig ist auch regionale Expertise, Fachexpertise, ein grundlegendes Verständnis von ziviler Konfliktbearbeitung und dann die Kenntnis bestimmter Vorgehensweisen – wenn es ein Medienprojekt ist, dann womöglich Journalismus, wenn es ein Mediationsprojekt ist, dann eine Ausbildung als Mediator.

Und wie erfolgt dann die Vorbereitung durch den ZFD?

Es wird großer Wert auf die Sensibilisierung für die Arbeit im interkulturellen Kontext gelegt, für die Belastung, die der Einsatz mit sich bringt – zum Beispiel, wie man mit Aktivisten umgeht, die Gewalt erlitten haben. Den Fachkräften soll vermittelt werden, wie sie ihre eigene psychische Gesundheit bewahren können. Sie sollen sich schon im Vorfeld mit Traumatisierung auseinandersetzen: Wie kann ich unter diesen Umständen Beratung leisten? Wie bewahre ich meine professionelle Distanz? Wann muss ich mir selber in meiner Supervision Hilfe suchen? Dazu bieten wir beispielsweise Kurse zum Umgang mit Stress und Traumata an. Daneben haben wir auch Kurse zu Strategieentwicklung für gewaltfreie Bewegungen im Angebot.

Welche Grenzen hat die Vorbereitung auf mögliche Krisensituationen?

Konflikte sind sehr dynamisch. Man kann nicht alle Eventualitäten bei der Vorbereitung berücksichtigen. Es gibt Notfallpläne für wahrscheinliche Szenarien. Risikomanagement wird in der Vorbereitung schon groß geschrieben. Aber natürlich kann es noch Überraschungen geben, und da ist ganz wichtig, dass diese Fachkräfte nicht allein gelassen werden. Es gibt immer eine enge Anbindung an den deutschen Träger. In der Regel gibt es einen Koordinator pro Träger in dem jeweiligen Land, der für die Fachkräfte des Trägers im Land zuständig ist. Zusätzlich unterstützen natürlich noch die Kollegen aus dem

Fach- und/oder Regionalreferat in den deutschen Geschäftsstellen.

Das sind erhebliche Belastungen für Ihre Fachkräfte. Lässt sich denn Konflikten Ihrer Meinung nach auch etwas Positives abgewinnen?

Unserer Auffassung nach ist ein Konflikt ohnehin eine Chance und nicht per se negativ. Eine Chance für sozialen Wandel. Und in jeder Krise, in jedem Problem, das zu einem Konflikt werden kann, ist die Saat für positiven Wandel angelegt.

In welchem Land hat denn ein Konflikt tatsächlich einen positiven sozialen Wandel hervorgebracht?

Da fällt mir Timor-Leste ein. Das Land ist erst 1999 unabhängig von der indonesischen Besetzung geworden. Die Gesellschaft war gespalten zwischen den Kollaborateuren und den Widerständlern – und auch diese waren untereinander gespalten, je nachdem, ob sie für oder gegen Gewalt waren oder im Land geblieben oder ins Exil gegangen waren. Eine Fachkraft hat mit der Partnerorganisation erkundet, welche traditionellen Konfliktbearbeitungsmethoden es dort gibt. Die waren quasi verschüttet durch die Kolonialherrschaft der Portugiesen und die Besetzung durch Indonesien. Wir konnten tatsächlich eine traditionelle Schlichtungsmethode ausgraben, in der die älteren Männer die Hauptrolle spielten. Die lokale Partnerorganisation hat diesen Ansatz modernisiert, indem sie auch Jugendliche und Frauen eingebunden hat. In jedem Distrikt dieses Landes wurden solche Mediationspanels zur Konfliktbearbeitung auf kommunaler Ebene aufgebaut. Und die Konflikte wurden dort tatsächlich gewaltfreier und konstruktiver bearbeitet. Das Projekt war so erfolgreich, dass es auf mehr Gemeinden ausgeweitet werden sollte. Letztendlich haben wir sogar einen Entwurf für ein »Gemeinwesenmediationsgesetz« ins Parlament eingebracht. Das Gesetz ist leider nicht verabschiedet worden. Aber die Ausweitung auf weitere Gemeinden hat tatsächlich stattgefunden.

QUELLE: DIE, ZEITSCHRIFT FÜR ERWACHSENENBILDUNG, 1/2015
TITEL: »KONFLIKTVERMEIDUNG IST KEINE ANGEMESSENE STRATEGIE«
INTERVIEW: THERESA MAAS
FOTO: KURVE WUSTROW

Vision und Mission

Das Gemeinschaftswerk ZFD eint die Vision, mit ihren Projekten zu einer friedlicheren und gerechteren Welt im Sinne eines positiven Friedens beizutragen.

Aus diesem Grund hat es sich die folgenden drei übergeordneten Ziele gesetzt:

- Konflikte werden von allen gesellschaftlichen Akteuren als notwendiger Bestandteil von Entwicklung wahrgenommen und gewaltfrei bearbeitet. Werte und Mechanismen gewaltfreier Konflikttransformation finden ihren Ausdruck gleichermaßen auf individueller, kollektiver und institutioneller Ebene.
- Bedürfnisse nach menschlicher Sicherheit können befriedigt werden. Sie werden von jeder Gesellschaft entsprechend ihres sozio-kulturellen Kontexts lokal unterschiedlich definiert, doch immer auf die Würde des Menschen bezogen. Sicherheit beschränkt sich nicht auf die Abwesenheit manifester Gewalt, sondern bedeutet die Möglichkeit, frei von Angst und Not das eigene Leben gestalten zu können.
- Soziale Gerechtigkeit, Geschlechter- und Verteilungsgerechtigkeit, das Recht auf gesellschaftlich-politische Teilhabe und kulturelle Entfaltung sowie die Menschenrechte sind in Sozialstrukturen und Institutionen nachhaltig verankert. Diese sind stabil und entwicklungsfähig und halten gewaltförmenden Diskursen und Verhaltensweisen stand.

VISION UND MISSION DES ZFD

Als ein gemeinsam von Staat und Zivilgesellschaft getragenes Programm leistet der Zivile Friedensdienst einen wirksamen Beitrag zur gewaltfreien Konflikt-

transformation. Das BMZ fördert den ZFD im Sinne einer subsidiären Umsetzung der Ziele deutscher Entwicklungs-, Friedens- und Außenpolitik. Der ZFD leistet weltweit Beiträge zu Frieden und menschlicher Sicherheit und ist Bestandteil eines entwicklungspolitischen Engagements in den von Konflikt, Fragilität und Gewalt geprägten Ländern. Die zivilgesellschaftlichen Träger und die Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit als staatlicher Träger wirken im ZFD zusammen, um Friedenskapazitäten zu stärken und Friedenspotentiale auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen zu erschließen.

Der ZFD ist im Grundsatz konzipiert als zeitlich befristeter Dienst von qualifizierten Fachkräften, durch den Menschen und Organisationen in Konfliktländern in ihrem Einsatz für den Frieden gestärkt werden. Die Fachkräfte tragen ihre im Partnerland erworbenen Perspektiven und Erkenntnisse während der Dienstzeit im Ausland und nach der Rückkehr in die eigene Gesellschaft zurück und setzen sich für friedenspolitische Anliegen ein. Die Aufgaben im Rahmen des ZFD zeichnen sich aus durch die gezielte Förderung der gewaltfreien Transformation von Konflikten und Konfliktpotentialen sowie der Prävention und Nachsorge von Gewaltkonflikten.

Die Vielfalt der Ansätze der verschiedenen Träger ist ein Charakteristikum und eine Stärke des ZFD. Die ZFD-Trägerorganisationen arbeiten vernetzt und setzen den ZFD als Konsortium zusammen mit lokalen, vornehmlich zivilgesellschaftlichen, aber auch staatlichen Partnerorganisationen und Akteuren in einem gegenseitigen Lernprozess um. Die plurale Träger- und Partnerstruktur mit ihrem gemeinsamen strategischen Vorgehen ist eine entscheidende Stärke des ZFD, weil so in komplexen Konflikten mit vielfältigen Ansätzen und Erfahrungen angemessen und wirkungsvoll agiert werden kann.



BETROFFEN UND INTERESSIERT ZEIGTEN SICH VIELE JUGENDLICHE, DIE FOTOGRAF ROBIN HAMMOND DURCH DIE AUSSTELLUNG IN KAMPALA FÜHRTE

Angebunden, misshandelt, ins Gefängnis gesteckt

EINE AUSSTELLUNG UND STUDIE ÜBER PSYCHISCH ERKRANKTE MENSCHEN IN UGANDA

Der ugandische Bürgerkrieg zwischen der Zentralregierung unter Präsident Yoweri Museveni und der christlich-fundamentalistischen Lord's Resistance Army zählte zu den längsten und brutalsten Konflikten Afrikas. Von 1987 bis 2006 kam es besonders im Norden des Landes zu schwersten Menschenrechtsverletzungen, Vertreibungen und Grausamkeiten gegen die Zivilbevölkerung. Nicht zuletzt wurden zahlreiche Kinder als Soldaten oder Sexsklaven zwangsrekrutiert. Inzwischen hat sich der Konflikt weitestgehend auf die Nachbarländer verlagert, aber die Folgen sind in Uganda noch immer spürbar.

Der ZFD der AGEH engagiert sich hier für ein Capacity Building der Bevölkerung und ihrer lokalen Vertreterinnen und Vertreter, um politische Transparenz bzw. Verantwortlichkeit sowie die Erbringung von sozialen Leistungen bei Politikerinnen und Politikern zu erreichen. Er unterstützt die Aktivitäten der Justice and Peace Commission und des John Paul II Justice

and Peace Center (JPIIIPC) in der Diözese Kampala. Dabei geht es insbesondere um die Vermittlung von kulturell sensiblen Beratungen für Opfer und Täter häuslicher Gewalt in Familien und eine Sensibilisierungskampagne für die Verbesserung der Lebensbedingungen für psychisch kranke Menschen. Die Diplompsychologin Kamila Krygier unterstützte als ZFD-Fachkraft das JPIIIPC von 2012 bis 2015.

Psychisch kranke Menschen leiden besonders im Land. Dennoch standen sie bislang fernab der öffentlichen Aufmerksamkeit. Sie werden nicht nur massiv diskriminiert, sondern auch vielfach schlicht ignoriert. Das gilt nicht nur für Uganda, sondern auch für die Nachbarstaaten. Um diesem Missstand zu begegnen, wurde eine Reihe von Aktionen ins Leben gerufen. Dazu zählen eine aufsehenerregende Fotodokumentation des neuseeländischen Fotografen Robin Hammond und eine breitgefächerte Advocacy-Kampagne.



DIESER 14-JÄHRIGE JUNGE WAR SECHS JAHRE LANG ANGEKETTET.
SEINE MUTTER WEIGERT SICH, IHN ZUR BEHANDLUNG INS ZWEI
KILOMETER ENTFERNT KRAKENHAUS IN GULU ZU BRINGEN.

VON KAMILA KRYGIER „Würden wir jemanden jahrelang ins Gefängnis sperren, weil er Krebs oder Malaria hat?“ Diese provokante Frage stellte der Fotograf Robin Hammond bei der Eröffnung einer Ausstellung seiner Fotos in der Galerie der Makerere Universität in Kampala. Für die Betrachter der Bilder aus dem preisgekrönten Fotoprojekt „Condemned“ („Die Verurteilten“) setzten sich die Fragen unwillkürlich innerlich fort: Würden wir andere Schwerkranke nackt am Boden anketten oder festbinden? All das – so hat es Hammond mit

seiner Kamera festgehalten – geschieht in afrikanischen Krisenregionen mit einer anderen Gruppe: den Menschen mit psychischer Erkrankung. Die Ausstellung bildete den Schwerpunkt einer Advocacy-Kampagne, die das JPIIJPC veranstaltete. Mit dieser Aktion wollten wir die Diskussion um die Lebensbedingungen von psychisch Erkrankten in der ugandischen Öffentlichkeit wachhalten, die wir zuvor durch eine eigene Studie entfacht hatten. Wie in anderen Krisenregionen Afrikas wird auch in Uganda, wo ich im JPIIJPC als Beraterin im Zivilen

Friedensdienst arbeite, das Schicksal von psychisch Erkrankten bisher ausgeblendet. Es gibt trotz des jahrzehntelangen brutalen Konflikts zwischen den Rebellen der Lord's Resistance Army und der Ugandischen Armee und trotz der vielen Verbrechen gegen die Menschlichkeit nur wenige Untersuchungen über die psychischen Folgen.

Auf meine Anregung hin hatte sich die Forschungsabteilung des JPIIIPC 2013 nach anfänglicher Skepsis dafür entschieden, die Lebenssituation von psychisch erkrankten Menschen in den Mittelpunkt einer Studie in Norduganda zu stellen. Die Studienergebnisse zeichnen ein sehr trauriges Bild: Der Zugang zu qualifizierter Behandlung ist extrem schwierig, speziell für Menschen aus abgelegenen Dörfern. So gibt es in ganz Norduganda nur einen Psychiater im Krankenhaus der größten Stadt Gulu. Nicht nur die Anreise, auch der Aufenthalt im Krankenhaus ist nicht einfach zu organisieren. Da es nicht genug Personal gibt, muss jeder Patient von einem Betreuer begleitet und mit Essen versorgt werden. Die Bürde, gleich zwei Personen für einen längeren Zeitraum als Arbeitskräfte zu entbehren, ist für viele Familien zu schwer.

Nachbarn sind psychisch kranken Menschen aus Angst oft feindlich gesinnt und wollen sie nicht in ihrer Nähe haben. Es gibt viele Erkrankte, die alleine auf der Straße leben, weil ihre Familien sie ausgestoßen haben. Andere werden angebunden oder eingeschlossen, damit sie nicht weglaufen. Was von außen besonders grausam aussieht, ist häufig ein Ausdruck von extremer Überforderung der Familien. Doch einmal auf der Straße, sind diese Menschen vogelfrei. Viele werden verscheucht und geschlagen, psychisch kranke Frauen vielfach vergewaltigt.

GROSSES ECHO AUF STUDIENERGEBNISSE

Die Veröffentlichung unserer Studienergebnisse stieß auf großes öffentliches Interesse. Um die begonnene Diskussion am Laufen zu halten, finanzierten wir aus dem ZFD-Budget mehrere Treffen von Organisationen, die sich für die Rechte von Menschen mit psychischer Erkrankung einsetzen. Zufällig stieß ich in dieser Zeit im Internet auf die Arbeiten des Fotografen Robin Hammond, der 2011 im Südsudan begonnen hat, die Lebensumstände der vergessenen Gruppe der psychisch erkrankten Menschen zu dokumentieren und in dem vielfach preisgekrönten Fotoprojekt „Condemned“ zu veröffentlichen. Hammond sagte, er habe in den 12 Jahren, die er als Fotograf Menschenrechtsthemen bearbeitet, noch nie einen größeren Angriff auf die Würde des Menschen gesehen, wie auf die Lebensumstände von psychisch Kranken in Krisenregionen. Gemeinsam entwickelten wir den Plan, seine Fotos zum ersten Mal auch auf dem Kontinent zu zeigen,

wo sie entstanden sind. Meine Partnerorganisation nahm die Idee begeistert an. Die ursprünglich skeptischen Kollegen waren nach den Erfahrungen, die sie während der Recherchen zur Studie gesammelt haben, zu glühenden Verfechtern der Rechte psychisch erkrankter Menschen geworden. Es kamen weitere Ideen zu kleineren Aktivitäten rund um die Ausstellung zusammen, so dass wir daraus eine 16-tägige Advocacy-Kampagne formten.

Den Auftakt bildete eine Podiumsdiskussion, an der Robin Hammond, Repräsentanten von NGOs, Akademiker und ein Vertreter einer Vereinigung von psychisch kranken Menschen teilnahmen. Bei der Ausstellungseröffnung, bei der auch ein Vertreter des Erzbischofs sowie der deutsche Botschafter anwesend waren, schilderte Hammond, dass in verschiedenen afrikanischen Ländern Menschen in Gefängnisse gesperrt werden, weil sie psychisch krank sind. Er betonte, dass die Ignoranz gegenüber diesem Problem von den Dörfern Afrikas bis in die höchsten UN-Ebenen in New York reiche. „Wenn Menschen aufgrund ihrer religiösen oder politischen Überzeugungen eingesperrt werden, gibt es einen weltweiten Aufschrei“, sagte er. In Bezug auf die vielen psychisch kranken Menschen, die in Gefängnissen sitzen, reagiere die internationale Gemeinschaft dagegen mit Gleichgültigkeit und Schweigen.

BERÜHRENDE BEGEGNUNG MIT JUGENDLICHEN

In den folgenden zwei Wochen hatten wir für Schulklassen Führungen mit dem Fotografen organisiert, in denen er seine Erlebnisse schilderte und viele interessierte Fragen der Jugendlichen beantwortete. Die meisten hatten noch nie über dieses Thema nachgedacht, viele waren tief berührt, manche weinten oder fragten, wie sie helfen können. Auch das Presseecho war beeindruckend. Die größte Fernsehstation sendete einen Beitrag in den Abendnachrichten und die zwei größten Tageszeitungen veröffentlichten zu Beginn der Kampagne Artikel. Ein kleiner Schritt für mehr Akzeptanz in der Gesellschaft ist getan. Für uns zählt jeder Einzelne, der sich nicht mehr abwendet und keinen Stein mehr wirft, wenn er das nächste Mal einem psychisch kranken Menschen auf der Straße begegnet.

QUELLE: CONTACTS 3/2014
TITEL: ANGEBUNDEN, MISSHANDELT, INS GEFÄNGNIS GESTECKT
TEXT: KAMILA KRYGIER
FOTOS: KAMILA KRYGIER, ROBIN HAMMOND

Von Besatzung, Trauma und Paartherapie

PSYCHISCHE GESUNDHEITSVERSORGUNG IN BETHLEHEM

Seit 1967 ist das palästinensische Gebiet des Westjordanlandes (einschließlich Ostjerusalem) und Gaza durch Israel besetzt. In dieser Zeit war und ist die palästinensische Zivilbevölkerung ständig sowohl massiver physischer als auch struktureller Gewalt durch das Militär und die Sicherheitsorgane Israels ausgesetzt. Die damit verbundenen Einschränkungen und Demütigungen sowie die Perspektivlosigkeit des Lebens unter den Bedingungen der Besatzung hinterlassen bei den unmittelbar Betroffenen tiefe psychische Wunden. Hinzu kommen weitere Schwierigkeiten, wie sie sich beispielsweise aus dem Zusammentreffen von westlichen und traditionellen Wertvorstellungen ergeben. All dies führt auch innerhalb der palästinensischen Gesellschaft und in einzelnen Familien zu erheblichen Spannungen.

Aufgrund der vielschichtigen Konflikte besteht ein enormer Bedarf an psychologischer Betreuung, ge-

rade für Paare. Traditionelle Geschlechterrollen sind im Umbruch und müssen neu ausgehandelt werden. Insbesondere Frauen müssen oft erst lernen, ihre Gefühle und Bedürfnisse einzuordnen und zu artikulieren. Männer reagieren auf drohende Autoritätsverluste aufgrund äußerer Bedingungen häufig mit Gewalt in ihren Familien.

Im Guidance and Training Center (GTC) in Bethlehem werden diese Probleme mit Mitteln der Paartherapie bearbeitet. Die Nachfrage ist groß. Die Therapie trägt zugleich dazu bei, dass kommende Generationen in weniger konfliktbeladenen Familienverhältnissen aufwachsen können. Das GTC in Bethlehem, ein Projektpartner des Weltfriedensdienstes im Zivilen Friedensdienst, hat sich zum Ziel gesetzt, dem großen Bedarf an psychischer Gesundheitsversorgung in Bethlehem zu begegnen.

VON STEFAN WAGLER In den letzten Jahren überraschte die TherapeutInnen des GTC eine enorme Nachfrage nach Paartherapie in der Region Bethlehem. Warum das so ist, lässt sich nicht durch eine einzige Ursache erklären. Eine wichtige Ursache von Traumatisierungen und für die hohe Nachfrage nach Paartherapie liegt zweifellos in den Folgen von jahrzehntelanger militärischer Besatzung. Um dies genauer abschätzen zu können, ist zunächst zu fragen, was Besatzung eigentlich ist und wie sie wirkt. Ein Hauptmerkmal der mittlerweile fast fünf Jahrzehnte andauernden militärischen Besatzung durch den Staat Israel ist der hohe Grad an struktureller Gewalt. Johan Galtung, ein Pionier der Friedensforschung, definiert strukturelle Gewalt als „die vermeidbare Beeinträchtigung grundlegender menschlicher Bedürfnisse oder, allgemeiner ausgedrückt, des Lebens, die den realen Grad der Bedürfnisbefriedigung unter das herabsetzt, was potentiell möglich ist“. PalästinenserInnen im Westjordanland können diese Form von Gewalt jeden Tag konkret erleben: Zeitverlust und Demütigung an den Checkpoints; durch die Besatzungsmacht erzeugter akuter Wassermangel trotz großer unterirdischer Wasserspeicher im Westjordanland; schlecht ausgestattete Krankenhäuser auf Grund von „sicherheitsbedingten“ Importbeschränkungen für wichtige Geräte; hohe Jugendarbeitslosigkeit wegen der verheerenden ökonomischen Situation; die Trennung von Familien durch Mauer, Siedlungen und segregierte Infrastruktur; das willkürliche Militärrechtssystem; die Notwendigkeit der Erlaubnis durch die Militärverwaltung, um das Land verlassen zu dürfen ... die Liste ist lang. Eine Konsequenz daraus sind Frustration, Resignation und Hilflosigkeit. Die Annahme, dass sich die Auswirkungen der Besatzung auch im Nukleus der Gesellschaft, in den Familien, widerspiegelt, ist da nicht weit hergeholt.

Tatsächlich sind Kontrolle und Macht regelmäßig wiederkehrende Motive in den Paartherapiesitzungen in GTC. Ein Erklärungsmodell wird von der Ost-Jerusalem Psychiaterin Dr. Samah Jabr, der ehemaligen klinischen Direktorin des GTC, vorgeschlagen. Unter dem Begriff „Internalisierte Unterdrückung“ versteht sie, dass „[...] die Erfahrung von Unterdrückung den internen Zusammenhalt der Unterdrückten erodiert. Dies führt zu einer Polarisierung untereinander, durch die häufig Frustration und Wut an anderen ausgelassen wird [...]. Unterdrückung macht Menschen egoistisch, gierig und anfällig für interne Machtkämpfe [...]. Menschen in Unterdrückung werden schnell feindselig und neidisch aufeinander, was zu einem Klima von gegenseitigem Misstrauen führt.“ Samah Jabr beschreibt dies primär als gesellschaftliches Phänomen, aber es findet sich auch in Familien wieder. Viele Paare entwickeln negative Zyklen von Angriffs- und Rückzugsverhalten. Diese

Dynamik wird von äußeren Stressfaktoren zusätzlich befördert. Das steigert die Wirkung des Potentials an internalisierter Unterdrückung. Ein weiterer möglicher Grund für familiäre Spannungen und die hohe Nachfrage nach Paartherapie sind die raschen Veränderungen in Einstellungen und Werten, die sich im Spannungsfeld zwischen Tradition und westlichen Kultureinflüssen ergeben. Auch die Praxis der nahöstlichen Kirchen, Scheidungen nur in den seltensten Fällen zuzulassen, kann konfliktverschärfend wirken. Allerdings nehmen nicht ausschließlich palästinensische ChristInnen, wenn auch überwiegend, die Paartherapie in Anspruch. Auch unter muslimischen Paaren ist die Nachfrage groß, bei denen die Option der Scheidung (zumindest für die Ehemänner) ohne größere Hindernisse besteht. Die Arbeit mit Paaren, durch die sie diese Mechanismen erkennen und bearbeiten können, dient nicht nur den Paaren selbst. Es hilft auch der nächsten Generation in Palästina, wenn in ihrem Familienkreis nicht das Unterdrückungssystem der Besatzung reproduziert wird, in dem sie aller Voraussicht nach auch künftig weiter leben muss. Trauma bearbeitende Paartherapie ist damit auch eine Form der Stärkung der palästinensischen Zivilgesellschaft unter den Bedingungen der israelischen Besatzung.

QUELLE: QUERBRIEF, MAGAZIN DES WELTFRIEDENSDIENSTES, 1/2015

TITEL: VON BESATZUNG, TRAUMA UND PAARTHERAPIE
 TEXT: STEFAN WAGLER



VON ECAP BEGLEITETE FRAUEN IN GUATEMALA

Das Schweigen brechen

FRAUEN, DIE OPFER SEXUELLER GEWALT WÄHREND DES BEWAFFNETEN KONFLIKTS GEWORDEN SIND, EINE STIMME GEBEN

Sexuelle Gewalt gegen Frauen in bewaffneten Konflikten ist in Nachkriegsgesellschaften weitestgehend ein Tabuthema. Während des 36-jährigen Bürgerkrieges in Guatemala fielen dieser Gewaltform tausende, insbesondere indigene Frauen zum Opfer, sie wurden systematisch vergewaltigt, gefoltert und umgebracht. Die meisten Opfer schweigen bis heute. Gerechtigkeit haben sie bisher nicht erfahren. Das Schweigen fördert ein Klima der Straflosigkeit. Es vermittelt, dass diese Gewalt gesellschaftlich toleriert wird. Auch aktuell werden in Guatemala täglich Frauen und Mädchen ermordet – Tendenz steigend.

Die Nichtregierungsorganisation ECAP (Equipo de Estudios Comunitarios y Acción Psicosocial) in Guatemala bietet Frauen, die als Opfer sexueller Gewalt den Bürgerkrieg überlebt haben, psychosoziale Begleitung und Unterstützung zur Aufarbeitung ihrer Geschichte an. Der ZFD der GIZ fördert ECAP finanziell. Seit 2013 wird die Organisation zudem durch eine ZFD-Fachkraft unterstützt, die die Partnerorganisation im Hinblick auf die Weiterentwicklung ihrer psychosozialen und therapeutischen Begleitarbeit berät und fortbildet.

VON ULRIKE HEMMERLING
UND ROMY STANZEL

Nach Jahren des Schweigens gibt seit 2008 ein vom ZFD der GIZ un-

terstütztes Projekt der Partnerorganisation ECAP diesen Frauen eine Stimme. In Kooperation mit lokalen, nationalen und internationalen Organisationen kämpft ECAP um Gerechtigkeit für Frauen, die Opfer sexueller Gewalt während des Bürgerkrieges geworden sind: durch psychosoziale Begleitung von Selbsthilfegruppen zur Aufarbeitung der individuellen Schicksale sowie Unterstützung von Familien und Gemeinden, Sensibilisierungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie juristische Beratung werden die betroffenen Frauen bei der Aufarbeitung ihrer traumatischen Erfahrungen unterstützt.

Inzwischen sind mehr als 230 Frauen aktiv involviert. Sie sind zwischen 40 und 70 Jahre alt und gehören verschiedenen, meistens indigenen Ethnien und Sprachgruppen an. Unter Anleitung einer Psychologin können sich die Frauen austauschen und über ihre Erfahrungen sprechen und so das Erlebte verarbeiten. Teil der Aufarbeitung ist die Auseinandersetzung mit der erlebten Gewalt. Dies kann auch über Kunst erfolgen. Das künstlerische Veräußern von bedrohlichen Erinnerungen kann dazu beitragen, einen Abstand zu diesen schmerzhaften inneren Bildern zu schaffen und die Kontrolle über das eigene Erleben und Fühlen zurückzugewinnen.

Die Mitarbeiterinnen von ECAP nutzen darüber hinaus die so geschaffenen Räume, um mit den Frauen über Themen wie Gewalt, Frauen- und Menschenrechte, Gerechtigkeit, Gender, Vergangenheit und politische Partizipation zu sprechen und ermutigen sie, dieses Wissen weiterzutragen.

So engagieren sich bereits mehr als hundert dieser Frauen aktiv in vier Regionen des Landes. Sie geben ihr Wissen um ihre Rechte weiter, leisten Aufklärungsarbeit für die jüngere Generation, initiieren und unterstützen verschiedene Gemeinschaftsprozesse zur Wahrung dieser Rechte und fördern ein entsprechendes Unterstützungsnetzwerk. Letzterem gehören bis dato auch mehr als 40 Männer an.

Um Fälle sexueller Gewalt aufzuarbeiten und einen Beitrag zur Prävention von Gewalt gegen Frauen zu leisten, kooperiert die Partnerorganisation ECAP eng mit staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen auf lokaler Ebene, wie der Staatsanwaltschaft (MP), den Gemeinderäten, den lokalen Büros für Frauenangelegenheiten (OMM), den Rechtsschutzstellen für Frauen der indigenen Bevölkerungsgruppen (DEMI), den Gesundheitszentren und Schulen. So konnten im Jahr 2014 150 Jugendliche in Huehuetenango, Alta Verapaz, Quiché und Chimaltenango in Workshop-Prozesse eingebunden werden, die das Erarbeiten und Aufführen von Theaterstücken, den Austausch mit ZeitzeugInnen und das Erstellen von Wandgemälden umfassen.

Ein Meilenstein zur Aufarbeitung der Vergangenheit und der Suche nach Wahrheit und Gerechtigkeit war das sogenannte Gewissenstribunal (Tribunal de Conciencia). 2010 legten mehrere indigene Frauen vor über tausend Menschen ihr Zeugnis ab. Sie sprachen über ihre schmerzhaften Erfahrungen und forderten Gerechtigkeit. Mit viel Mut gaben sie sich selbst eine Stimme, eroberten sich so ihre eigene Geschichte zurück und positionierten sich als Akteurinnen eines gesellschaftlichen Wandlungsprozesses. Die hier formulierten Anklagen haben zwar keinen rechtlichen Bestand, sind jedoch ein Appell an die Gesellschaft, die begangenen Menschenrechtsverletzungen aufzuarbeiten.

Doch auch faktische Gerichtsverfahren konnte ECAP zusammen mit zwei weiteren Frauenorganisationen erreichen: Im Oktober 2012 kam es erstmals zu gerichtlichen Anhörungen von Frauen, die den Rechtsweg beschritten haben. Eins davon in Guatemala gegen zwei ehemalige Militärangehörige und eins in Kanada gegen eine Sicherheitsfirma, deren Angestellte Frauen in Alta Verapaz misshandelt und vergewaltigt haben sollen.

Mit ihren Zeugenaussagen sollen die Frauen zur Aufklärung der begangenen Menschenrechtsverletzungen beitragen. ECAP leistet die psychosoziale Begleitung der Zeuginnen in beiden Fällen.

30 Jahre nach den schmerzhaften Ereignissen haben die betroffenen Frauen nun die Hoffnung, dass die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden und die Gerechtigkeit gegenüber dem Schweigen triumphiert.

Indem das Projekt nicht nur zur Aufarbeitung der Vergangenheit, sondern auch zur Prävention aktueller Gewalt gegen Frauen beiträgt, baut es eine Brücke zwischen Vergangenheit und Zukunft und fördert zugleich eine gerechte und demokratische Gesellschaft, in der Männer und Frauen gleichberechtigt miteinander leben.

QUELLE: WWW.GIZ.DE/ZIVILER-FRIEDENSDIENST
TITEL: DAS SCHWEIGEN BRECHEN
TEXT: ULRIKE HEMMERLING, ROMY STANZEL
FOTO: ZFD/GIZ



BÄUERIN DER MILCHKOOPERATIVE VON KURESOI

Philips Traum

EINE MILCHKOOPERATIVE IN KENIA FÖRDERT GEMEINSCHAFT

Die Präsidentschaftswahlen in Kenia 2007 waren überschattet von massiven Betrugsvorwürfen. In den Wochen und Monaten nach der Wahl kam es zwischen den verschiedenen politischen Lagern zu zahlreichen Gewaltakten. Etwa tausend Tote und eine halbe Million Vertriebene fielen den Auseinandersetzungen zum Opfer. Politische und ethnische Konflikte überlagerten sich dabei. Besonders der Westen Kenias war von der Eskalation betroffen. Hier, in der ländlichen Region um Kuresoi, leben verschiedene Volksgruppen auf engem Raum zusammen: die Kikuyu, Kalenjin, Kisii und Luo.

Das ZFD-Programm der AGEH in Kenia wurde 2009 als Konfliktinterventionsinstrument nach den Präsidentschaftswahlen begonnen. Der ZFD unterstützt seitdem lokale kirchliche Versöhnungsinitiativen zur Wiederherstellung von Beziehungen zwischen den ethnischen Gruppen und Fortbildung zum Demokratisierungsprozess. Ziel ist es, den politischen

Reformprozess hin zu einer multiethnischen pluralistischen Demokratie zu unterstützen. Den Erfolg der Reform verknüpft der ZFD eng mit Ergebnissen in der historischen Aufarbeitung von Unrecht und aktueller lokaler Konfliktregelung um Ressourcen. Von 2010 bis 2015 unterstützte ZFD-Fachkraft Constanze Blenig die Justice and Peace Commission der Diözese Nakuru als Beraterin und begleitete in diesem Rahmen auch die Milchkooperative von Kuresoi.

Die Milchkooperative ist ein wichtiger Baustein, um die verschiedenen Volksgruppen durch die alltägliche Arbeit wieder zusammenzubringen. Zugleich bietet sie den Bäuerinnen und Bauern der Region eine verlässliche Lebensgrundlage. Die rund 300 Mitglieder der Kooperative organisieren das Sammeln und den Vertrieb ihrer Milch. Weitere gemeinsame Vorhaben sind geplant, beispielsweise eine Kühlanlage. Mit ihrer erfolgreichen Arbeit ist die Kooperative bereits ein Modell für andere Projekte geworden.

VON URSULA RADERMACHER Kuresoi liegt am Rande des Mau-Forest, ca. 30 Kilometer von Kericho entfernt. Hier leben Angehörige der großen Ethnien Kalenjin, Kisii, Kikuyu und Luo. Nach den Wahlen 2007 kam es zwischen ihnen zu Gewalt mit Vertreibungen und Morden, bis die Regierung Zwangsumsiedelungen durchführte. Eine Zeitlang wohnten nur staatliche Sicherheitsleute in Kuresoi, bis diese die Wiedereröffnung der Läden und die Rückkehr aller ethnischen Gruppen genehmigten, erzählt Philip. Er selbst konnte als Kalenjin auf dem Land seiner Vorfahren außerhalb Kuresois bleiben. Nicht alle kehrten zurück. Vor allem viele Kikuyu blieben fern, die nach der Unabhängigkeit Kenias 1963 bevorzugt Land kaufen konnten.

MIT RUHE UND LEIDENSCHAFT

Nach den Gewaltausbrüchen 2007/2008 unterstützte die Justice&Peace Commission (J&P) der Diözese Nakuru die Gründung eines Friedenskomitees in Kuresoi und stellte Philip als Community Mobilizer an. Seine großen Stärken sind die Ruhe, mit der er Gespräche führt und seine Leidenschaft für Gemeinschaftsarbeit. Das ist sein ureigenes Thema, in dem der 37-jährige Familienvater ganz aufgeht. Freundlich und besonnen hört er seinem Gegenüber zu, bevor er selbst das Wort ergreift. Von 2010-2012 leitete er die Sitzungen des Friedenskomitees, aus dem später die Kuresoi Farmers Kooperative entstand. Die J&P unterstützte mit Constanze Blenig und ihren Kollegen die Suche nach einem friedensfördernden Verbindungsprojekt, von dem alle Ethnien profitieren. 2010 entschieden sich die Mitglieder des Friedenskomitees für eine Milchkooperative, weil in Kuresoi viele Menschen als Subsistenzlandwirte von ein paar Kühen leben.

GEMEINSAM ETWAS TUN UND KONFLIKTE FRIEDLICH LÖSEN

Als Fachkraft im Zivilen Friedensdienst berät Constanze Blenig Projekte, die die Diözese unterstützt. Seit 2010 begleitet sie das Komitee und später die Kooperative. Sie erinnert unermüdlich an den Friedensaspekt und die Kerngedanken des Verbindungsprojektes: Miteinander ins Gespräch kommen, gemeinsam etwas tun und Konflikte friedlich lösen. Ganz praktisch geht es auch immer wieder darum, Beschuldigungen auszuräumen und Gewalt vorzubeugen. „Die Kooperativenmitglieder und ich saßen zusammen und sprachen über den Diebstahl einer Kuh vor ein paar Tagen. Sofort sagte einer der Anwesenden: „Das waren die Kikuyus“. Ich schlug vor, den Fall neutral, ohne ethnische Brille, zu betrachten. Am Ende waren sich die Kooperativenmitglieder einig, dass die Tat einen kriminellen, keinen ethnischen Hintergrund hat“, sagt Constanze.

WO EIN WILLE IST, IST AUCH EIN WEG

Die Projektfinanzierung reichte bis April 2012. Philip organisierte Treffen und das Kooperativenhaus wurde gebaut. Danach kam eine schwere Zeit: kein Geld und keine Treffen. Er verrät: „Eines Nachts lag ich wach und spürte, ich muss mich um das Projekt kümmern, sonst geht es den Bach runter. Die Leute in Kuresoi müssen wieder zu Treffen eingeladen werden, damit es weitergeht.“ Und bekanntlich versetzen Glaube und Wille Berge. Philip will den Wandel in Kuresoi. Er glaubt an das Potential der Menschen aller Ethnien, ihre Fähigkeit, ein Zukunftsprojekt zu schaffen, das die Region verändert.

DIE KOOPERATIVE WAR SEIN „BABY“.

Die Leute vertrauten ihm. „Sie hörten mir wirklich zu. Und wenn es Schwierigkeiten gab, gelang es mir, sie zu beruhigen“, meint Philip lächelnd. In dieser Zeit war Constanze eine wichtige Mentorin, die das Projekt kontinuierlich unterstützte. Sie organisierte Treffen mit Beratern für Milchkooperativen, stellte kleine Mittel aus dem ZFD-Budget für Treffen vor Ort bereit und bestärkte die Leute von der Kooperative, weiterzumachen.

Auch Constanzes Interesse an positiven Veränderungen in Kuresoi ist groß. Sie sieht die Entwicklung Kenias mit Sorge: „Das ist nicht mehr das Land, in das ich 2010 gekommen bin. Die Politik und die wiederholten Anschläge verunsichern die Menschen. Dagegen ist das Projekt in Kuresoi ein Hoffnungsschimmer“. Constanze begeistert Menschen wie Philip und die anderen Vorstandsmitglieder, die Veränderung wollen und sich engagieren. Sie sagt: „Aus Sicht des ZFD ist das Kuresoi-Projekt sehr sinnvoll, weil es so konkret ist. Es vereint die Menschen und bietet ihnen eine Zukunft, die sie sich nicht einfach von korrupten, machtgierigen Politikern zerstören lassen werden“.

Im Frühjahr 2013 finanzierte die deutsche Botschaft ein Milchstarterequipment mit Motorrad, Milchkannen sowie Messgeräten und einen Einstiegsworkshop bei der Milchkooperative in Olenguruone. Nach dem offiziellen Eintrag der Milchkooperative im Juli 2013 in der Kreisstadt Molo begann im Herbst die praktische Arbeit.

Morgens früh nimmt Schatzmeisterin Linet Ratemo die Milch der Bauern an und prüft Fettgehalt und Frische. Manchmal muss sie Milch zurückweisen, weil sie zu alt oder verdünnt ist und die Gesamtmenge von der Großmolkerei abgelehnt würde. Außer Philip holen zwei junge Männer auf Motorrädern an den fünf Sammelpunkten die Milch ab und liefern die Kannen an der Hauptsammelstelle in Kuresoi ab. Zwei weitere junge Männer fahren die gesamte Milch mit dem Traktor zur Molkerei in Molo. Das nächste



DER VORSTAND DER KOOPERATIVE (VON LINKS): SEKRETÄR ROBERT SIELE, MANAGER PHILIP BIEGON, SCHATZMEISTERIN LINET RATEMO, ZFD-FACHKRAFT CONSTANZE BLENIG, DER VORSITZENDE SAMUEL KARIUKI KAGO UND DER STELLVERTRETENDE VORSITZENDE JOMO JEREMIAH

Ziel ist die Kühlungsanlage, für die Constanze Blenig Geldgeber sucht. Mit ihr könnte die Milch länger gesammelt und gelagert werden und die Molkerei würde die Milch selbst mit dem Tankwagen abholen. Die Kuresoi Farmers Kooperative ist wegen der erfolgreichen Zusammenarbeit verschiedener Ethnien ein Modell für andere Kooperativen. In Kuresoi denkt man derweil schon weiter. Eine neue Option sind Biogasanlagen, die auf Höfen wie dem von Mama Maina betrieben werden könnten. Sie hat einen Pferch neben dem Haus, in dem der Dung ihrer Kühe für die Biogasanlage gesammelt werden kann. Solche Zukunftsideen sind ganz in Philips Sinne von Weiterentwicklung der Menschen und der Region, einschließlich seiner Familie. Für die Zukunft

wünscht sich Philip Biegong: "Unsere Kinder sollen nur noch das Verbindende zwischen den Ethnien erleben. Und für meine Frau und meinen Sohn Isaac wünsche ich mir, dass sie mehr lernen als ich." Die Verwirklichung von Philips Traum rückt näher: eine kenianische NGO will die Kühlanlage finanzieren.

QUELLE: CONTACTS 3/2014
 TITEL: PHILIPS TRAUM
 TEXT: URSULA RADERMACHER
 FOTOS: BIRGIT BETZELT



MINIBUSSE IN EL ALTO: EIN BELIEBTES TRANSPORTMITTEL,
ABER AUCH HÄUFIG AUSLÖSER FÜR KONFLIKTE

Die Willkür ordnen

WIE EL ALTO EIN AKZEPTIERTES VERKEHRSGESETZ BEKAM

El Alto liegt in unmittelbarer Nachbarschaft zum bolivianischen Regierungssitz La Paz. Die Stadt mit ihren schwierigen Lebensbedingungen auf etwa 4.000 Meter über dem Meeresspiegel hat viele Attribute: Metropole für die indigene Bevölkerung, Verkehrsknotenpunkt, Handelszentrum, Stadt der Marginalisierten. Durch das schnelle Wachstum entstand ein Wildwuchs an ungeplanten Straßen und Gebäuden, im Stadtzentrum herrscht Dauerstau. Der öffentliche Nahverkehr ist chaotisch und die Busfahrer befolgen kaum irgendwelche Regeln. Die Unzufriedenheit mit dem Nahverkehrssystem hat schon oft zu gewaltsamen Konflikten oder tagelan-

gen Streiks geführt, um bessere Beförderungsbedingungen oder einen niedrigeren beziehungsweise höheren Fahrpreis durchzusetzen.

Seit 2008 arbeitet EIRENE in El Alto mit lokalen Partnerorganisationen im Rahmen des ZFD zusammen, um Konflikte konstruktiv und nachhaltig zu bearbeiten. Eine lokale Partnerorganisation ist das Zentrum für Weiterbildung und Bürgerbeteiligung, FOCAPACI. Das Zentrum leistet einen Beitrag zur friedlichen Entwicklung der Stadt, indem es den Dialog zwischen den Konfliktparteien fördert.



TÄGLICHER STAU DER MINIBUSSE IM STRASSENVERKEHR VON EL ALTO

VON TOBIAS PABEL

Das größte Interesse der Busfahrer ist, die besten Routen abzudecken, so viele Passagiere wie möglich aufzunehmen und so viel wie möglich für die Fahrt zu verlangen. Denn hinter jedem Lenkrad sitzt nicht nur der Fahrer, sondern auch eine Familie, die ernährt werden muss. Die Fahrgäste dagegen sind daran interessiert, so wenig wie möglich für den Transport zu bezahlen und sicher nach Hause zu kommen, auch wenn das Häuschen weit entfernt von den zentralen Punkten oder Verkehrsachsen der Stadt liegt.

BEIDE SEITEN HABEN IHREN ANTEIL AM TRANSPORTPROBLEM

Die Fahrer halten weder die Verkehrsregeln noch ihre Routen ein, da es sich nicht lohnt, mit wenigen Fahrgästen bis zum Ende der Route zu fahren. Das ist insbesondere nachts ein Problem, da in abgelegenen Gebieten die Gefahr besteht, überfallen zu werden. Die Passagiere dagegen halten sich auch nicht an die Regeln. Sie verlangen an jedem Ort hinausgelassen zu werden und viele hinterlassen ihren Müll im Bus, worüber sich der nächste Fahrgast ärgert. Die Stadt dagegen hat nicht die Kraft, die existierenden Regeln durchzusetzen. Zum einen sind nicht genügend Angestellte vorhanden, zum anderen stehen Bürokratie und Korruption im Weg. FOCA-PACI bringt den Bürgermeister und die Stadt, die Fahrer und die Passagiere zusammen und begleitet den Verständigungsprozess.

Dabei greift sie die Themen der neuen Verfassung von 2009 und den Prozess der Dezentralisierung auf, um mit den lokalen EntscheidungsträgerInnen neue Ansätze für einen konstruktiven Dialog zu entwerfen. Dabei spielt die Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle. Sie ist das Sprachrohr für die jeweilige Interessengruppe und versucht, sich gegenüber der Stadt und den anderen Interessen durchzusetzen. Eine der wichtigsten Gruppen innerhalb der Zivilgesellschaft sind die Nachbarschaftsvertretungen. Sie engagieren sich für die Interessen der AnwohnerInnen und sind in jedem Viertel mit VertreterInnen präsent. Für Renán Cabezas, den Verantwortlichen für Transport der Nachbarschaftsvertretungen, hat seine Basisorganisation insbesondere eine Kontrollfunktion. Denn seine Organisation vertritt die Bevölkerung in ihrer Gesamtheit und von daher leitet sich seine Rolle ab.

Die Vertreter der Fahrer haben eine ähnliche Sichtweise: Moises Condori, Fahrer der Vereinigung „Mariscal Antonio José de Sucre“ versteht die Interessen seiner Fahrgäste, insbesondere derer, die über wenig Geld verfügen und eigentlich einen geringeren Beförderungspreis zahlen sollten. Gleichzeitig stellt er jedoch fest, dass die Stadtverwaltung noch nicht über die demokratischen Mechanismen verfügt, um den Konflikt konstruktiv zu bearbeiten. Alle Standpunkte sind berechtigt. Deshalb war es für FOCA-PACI auch so wichtig, so viele Beteiligte wie möglich an einen Verhandlungstisch zu bekommen, um die drängendsten Probleme angehen zu können.



STRASSENIMPRESSION AUS EL ALTO

DER LANGE WEG ZU EINEM GESETZ, MIT DEM BEIDE PARTEIEN LEBEN KÖNNEN

Ein Beamter der Stadtverwaltung, der schon lange an den von FOCAPACI angebotenen Veranstaltungen teilgenommen hatte und deshalb der Institution vertraute, kam auf FOCAPACI zu und plante, ein städtisches Verkehrsgesetz mit der Unterstützung von FOCAPACI zu erarbeiten. Nachdem FOCAPACI die Tragweite des Prozesses abgewogen hatte, kam man zu dem Schluss, dass der Zivile Friedensdienst mit seinen Methoden der Zivilen Konfliktbearbeitung (ZKB) ein probates Mittel sei, um den Prozess erfolgreich durchführen zu können. Begonnen wurde mit einem Kongress, der viele zivilgesellschaftliche Akteure einbezog, um dem Prozess Legitimität zu verleihen. In verschiedenen Arbeitsgruppen wurden die unterschiedlichsten Themen bearbeitet, von „einfachen Themen“ wie Verkehrszeichen-Regelungen bis hin zum heiklen Thema Beförderungspreis. Der Kongress war jedoch nur Auftakt für einen monatelangen Prozess des Dialogs. Die Arbeitsgruppen wurden fortgesetzt und die Ergebnisse an eine Kommission übergeben, die das eigentliche Gesetz erarbeiten sollte.

DEN DIALOGPROZESS AM LAUFEN HALTEN

Nachdem alle Ergebnisse vorlagen, wurde die Gesetzesvorlage erarbeitet und Artikel für Artikel zwischen FOCAPACI, Anwälten, der Verkehrsbehörde und den Fahrern besprochen.

Es gab einige heikle Momente, an denen kontrovers über Inhalte debattiert und gestritten wurde. MitarbeiterInnen von FOCAPACI waren immer dabei und achteten darauf, dass sich der Dialog im konstruktiven Rahmen hielt und der Prozess erfolgreich abgeschlossen werden konnte. In diesem Zuge konnten verschiedene Elemente aufgenommen werden, die grundlegend für die verkehrstechnische Zukunft sind: Eine Verkehrswache wurde eingerichtet und die Einführung eines kommunalen Verkehrsbetriebs beschlossen, den es bis dahin noch nicht gegeben hatte. Durch eine Beilage in den Tageszeitungen wurde das neue Gesetz mit vielen Bildern der Bevölkerung bekanntgegeben. Zurückblickend ist es wichtig, das Vertrauen der Mitwirkenden durch Allparteilichkeit zu erlangen und zu pflegen. Denn in der komplizierten Gemengelage von Machtverhältnissen und Interessen kann es nur ein Miteinander geben, auch wenn das bedeutet, dass man an bestimmten Punkten nachgeben muss. Das Endprodukt allerdings muss für alle akzeptabel sein, wofür sich FOCAPACI mit aller Kraft eingesetzt hat. Alle Konfliktparteien haben unabhängig voneinander bestätigt, dass die Rolle von FOCAPACI für die erfolgreiche Verabschiedung des Gesetzes wichtig war. Dies ist Grund zur Freude und eine Motivation, den Dialog in El Alto weiter konstruktiv zu begleiten.

QUELLE: EIRENE-RUNDBRIEF 1/2015
 TITEL: DIE WILLKÜR ORDNET
 TEXT: TOBIAS PABEL
 FOTOS: TOBIAS PABEL



TEIL DER LANDESWEITEN MEDIENKAMPAGNEN IM KAMPF GEGEN EBOLA SIND WANDBEMALUNGEN IN DER LOKALEN LINGUA FRANCA „KRIO“.

Friedensjournalismus in Krisensituationen

SIERRA LEONE ALS FALLSTUDIE

Sierra Leone ist eines der ärmsten Länder der Erde, etwa 70 Prozent der Bevölkerung leben von weniger als einem Dollar am Tag. Die Menschen leiden noch immer unter den Folgen des Bürgerkriegs, der 2002 zu Ende ging. Oft schon in jungen Jahren wurden viele Einwohnerinnen und Einwohner direkt mit Gewalt konfrontiert, zudem haben gerade Jugendliche kaum Perspektiven. Als Anfang 2014 die Ebola in Westafrika ausbrach, rechnete man zunächst noch mit Einzelfällen. Doch es kam anders, rund 4.000 Menschen starben allein in Sierra Leone. Damit einher gingen massive Beeinträchtigungen des Alltags: So konnten Angehörige ihre Toten nicht angemessen beerdigen und auch andere Verhaltensnormen, etwa bei der Begrüßung, mussten angepasst werden. Seit November 2015 gilt die Krankheit offiziell als besiegt. Dennoch herrscht weiter Angst und die wirtschaftliche Krise, besonders in der Landwirtschaft, ist noch lange nicht überwunden.

Während der Ebolaepidemie konzentrierten sich die ZFD-Partner von Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst vor Ort auf Aufklärungsarbeit

und die Linderung der sozialen Folgen. Das ist Teil einer langfristig angelegten Vorgehensweise. Viele Maßnahmen, etwa in der Arbeit mit Jugendlichen, wurden auch schon vor der Epidemie durchgeführt. Aber die Rahmenbedingungen änderten sich massiv, und Ebola wird durch das damit verbundene Konfliktpotenzial weiterhin das Engagement in Sierra Leone mitprägen. Während der Krankheit kam der Aufklärung der Bevölkerung über die Medien eine ganz zentrale Rolle zu. Aber es gibt dabei zwei Seiten der Medaille: Die Medien können Gerüchte verbreiten, die unnötige Ängste schüren und dann zu Gewaltausbrüchen führen. Andererseits haben Medien auch die Macht, Menschen über die tödliche Krankheit zu informieren und aufzuklären, um so Leben zu retten.

Adama Sheriff und Julia Krojer, Mitglieder von SLADEA, haben einen kurzen Fragebogen entworfen. Er sollte einen Einblick geben, was seit dem Ausbruch von Ebola in Sierra Leone im Mai 2014 bis heute passiert ist. Der Fragebogen wurde an Partnerorganisationen aus dem ZFD-Netzwerk, Mitglieder von SLADEA, Marktfrauen und Studierende verteilt.



JEDER EBOLA-CHECKPOINT VERFÜGTE ÜBER EINE HANDWASCHSTATION

VON SHEKU KAMARA UND JULIA KROJER In Sierra Leone erschienen die ersten Zeitungen Westafrikas.

Aber schon in der Zeit der Unabhängigkeit von Großbritannien 1961 begann das Radio Printmedien zu ersetzen. Auch heute ist das noch so; das Radio ist nicht zuletzt aufgrund der hohen Analphabetenrate des Landes das wichtigste Informationsmedium. Im Bürgerkrieg vollzog sich ein dramatischer Wandel in der Medienlandschaft. Deren Zerfall lag vor allem an einer massiven Auswanderung von professionellen Medienschaffenden, rund 70 Prozent verließen das Land. Die Medienbranche wird seither von meist ungeschulten Kräften dominiert.¹ Das führte zu einem Vertrauensverlust unter den Leserinnen und Lesern sowie den Hörerinnen und Hörern.

Einerseits trugen die Medien sowohl vor Ort wie international zu wachsender Aufmerksamkeit bezüglich des Ausbruchs und der verheerenden Wirkungen der Ebolaepidemie in der westafrikanischen Teilregion bei. Andererseits waren sie mitverantwortlich für die Entstehung und Verbreitung von Angst und öffentlicher Panik sowie den damit einhergehenden Folgen wie Stigmatisierung und Isolierung. Ganz offenkundig handelt es sich bei der Krankheit um eine Krise von monumentalen Ausmaßen, die Menschen und Tierwelt bedroht. Trotzdem berichteten die Medien wenig über das mutige humanitäre Engagement des einfachen Gesundheitspersonals und der unerfahrenen Bevölkerung, die dabei ihr Leben aufs Spiel setzten.

Die Printmedien, meist als „Vierte Gewalt“ angesehen, spielten eine wichtige Rolle bei der Übermittlung von amtlichen Presseerklärungen und Stellungnahmen. So stellten die Medien sicher, dass Texte wie der Prüfbericht zur Verwaltung der Ebolagelder, den der Mehrheitsführer des Parlaments Ibrahim R. Bundu am 17. Februar 2015 veröffentlichte, auch verbreitet wurden. Sowohl die elektronischen wie auch die Printmedien trugen ganz enorm zu einem besseren Verständnis der Krankheit bei. Das galt für die Risiken und Methoden ihrer Eindämmung, aber auch für die strikt einzuhaltenden Vorsichtsmaßnahmen, um Infektionen zu vermeiden. Vor allem aber war wichtig, dass man den Menschen klarmachte, wie wichtig eine frühe Behandlung für eine gute Überlebenschance ist.

Partner von Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst führten in Sierra Leone ein bürger-

nahes Ebolaprojekt namens „Save Sierra Leone from Ebola (Rettet Sierra Leone vor Ebola)“ ein. Culture Radio war einer der Partner und förderte, unterstützt vom CVJM, die Verbreitung von Nachrichten über Ebola und übertrug Diskussionsprogramme für die Bevölkerung bei den Sendern Culture Radio und Star Radio. Diese Programme gaben der breiten Zuhörerschaft die Möglichkeit, wichtige Fragen zu stellen und eigene Beiträge und Kommentare zu äußern.

Bedingt durch den Ebolaausbruch mussten zahlreiche Schulen schließen. Deshalb wurden elektronische Medien zur Übertragung von Unterrichtslektionen in Radio und Fernsehen eingesetzt. Das gab vielen Schülerinnen und Schülern überall im Land die einzigartige Möglichkeit, in vielen Bereichen weiterzulernen.

Neben den lokalen Medien schufen auch die internationalen Medien eine bedeutsame Aufmerksamkeit für die Ebolaepidemie und sorgten so für eine rasche internationale Unterstützung im Kampf gegen die schreckliche Krankheit. Sender wie CNN, BBC, Al Jazeera und andere zeigten täglich Bilder vom Wüten des Virus in Sierra Leone und seinen Nachbarländern Liberia und Guinea. Diese Übertragungen trugen zu einer Mobilisierung öffentlicher Sympathie und dadurch mehr Hilfe bei, aber sie förderten zugleich unangemessene Ängste unter den Menschen, besonders außerhalb Sierra Leones.

Als Folge davon verließen viele Investoren das Land, die meisten Fluggesellschaften setzten die Verbindungen nach Sierra Leone aus und die lokale Bevölkerung wurde zu Gefangenen einer natürlichen Pandemie bislang unbekanntem Ausmaßes.

Die meisten unserer Interviewpartnerinnen und -partner erhielten ihre Informationen über Ebola aus dem Radio oder durch lokale Aufklärungsprogramme. Nur wenige nannten Zeitungen als Informationsquelle, da sie als nicht vertrauenswürdig angesehen werden. Neben den Printmedien ist auch das Internet unterrepräsentiert. Das liegt u. a. an der unzureichenden Abdeckung im Land und an den hohen Zugangskosten. Insgesamt gibt es derzeit etwa 92.000 Internetnutzer bei einer Gesamtbevölkerung von etwa 6,2 Millionen, wobei das jährliche Nutzerwachstum 15 Prozent beträgt.²

Dennoch hatten soziale Medien großen Einfluss auf die Wahrnehmung des Ebolafiebers und der westafrikanischen Bevölkerung außerhalb von Sierra Leone,

¹ Oatley, Nick/Thapa, Tashim (2012): Media, Youth and Conflict Prevention in Sierra Leone, IFP-EW, finanziert von der Europäischen Union. www.ifp-ew.eu Letzter Zugriff: 06.12.2013.

² Quelle: <http://www.internetlivestats.com/internet-users-by-country/> Letzter Zugriff: 30.06.2015.



AN SPEZIELLEN CHECKPOINTS WURDE DIE BEVÖLKERUNG AUF EBOLA-SYMPTOME UNTERSUCHT.

Liberia und Guinea, vor allem in Europa und Amerika. Wie bereits erwähnt, bestand die positive Wirkung in der Hilfe, die von der internationalen Gemeinschaft zur Verfügung gestellt wurde und noch immer wird. Auf dem Höhepunkt des Ausbruchs dominierte Ebola die Schlagzeilen in allen Medien weltweit. Aber die unausgewogene und übertriebene Berichterstattung brachte Angst und Panik hervor. Das führte nicht nur zu Ausgrenzung von und Gewalt gegen Gesundheitspersonal in den betroffenen Ländern, sondern förderte ebenso die Stigmatisierung von Afrikanerinnen und Afrikanern überall auf der Welt:

„Die verstärkte Furcht vor Ebola in sozialen Medien wie Twitter, Facebook usw. aufgrund der zahlreich verbreiteten Falschinformationen durch Privatpersonen und unangemessene Berichte in Printmedien der Region [...] haben die Ebolahysterie angeheizt und zu vorzeitigem Sterben geführt. Zudem kam

es zu einer harten Behandlung von Afrikanern außerhalb des Kontinents und auf der Durchreise. Der dramatische Anstieg der Opferzahlen und die Berichterstattung über die Ereignisse in den am stärksten betroffenen Ländern und ihren Nachbarn setzten Afrikaner unnötigen Härten aus. Dazu zählen Angst, neben ihnen im Flugzeug, Bus oder Zug zu sitzen, Entlassung vom Arbeitsplatz sogar nach einem Besuch in Ebola-freien Ländern Afrikas, Hass und Beschimpfungen bei internationalen Fußballturnieren, die Verweigerung der Einreise für Afrikaner in manchen Ländern und schließlich ihre strenge Überwachung.“³

³ Yusuf I, Yahaya S, Qabli S (2015) Role of Media in Portraying Ebola in and outside Africa. *J Trop Dis* 3: 152. doi: 10.4172/2329-891X.1000152; <http://www.esciencecentral.org/journals/role-of-media-in-portraying-ebola-in-and-outside-africa-2329-891X-1000152.pdf> Letzter Zugriff: 15.05.2015

Das zeigt, dass Mainstreamjournalismus darauf setzt, dass „schlechte Nachrichten gute Nachrichten“ sind. Das hat nichts gemein mit Friedensjournalismus, der zu einem friedlichen Miteinander beitragen soll.

Die unausgewogene Berichterstattung über die Epidemie, besonders am Anfang im Mai 2014, sorgte für Misstrauen in der Bevölkerung von Sierra Leone. Viele unserer Interviewpartnerinnen und -partner beklagten sich über Widersprüche zwischen den Nachrichtensendern, schlecht ausgebildete Journalistinnen und Journalisten, Panikmache usw. Die Leute glaubten erst an die Realität von Ebola, als sich das in ihrem eigenen Umfeld bestätigte: „Als immer mehr Menschen starben, wusste ich, dass es real ist“, erinnerte sich einer unserer Interviewpartner. Gesundheitsministerium, WHO und andere Institutionen sowie NGOs und zivilgesellschaftliche Organisationen unternahmen daher große Anstrengungen, um die Nachrichten aufeinander abzustimmen und über Gerüchte aufzuklären mit dem Ziel, weiteres Chaos zu vermeiden.

Das Publikum schätzte diese nun von den Medien verbreiteten, ausgewogenen Informationen und Nachrichten und die Mehrheit änderte ihr Verhalten. Beispiele wie diese wurden erwähnt: Kein Körperkontakt (besonders kein Händeschütteln), regelmäßiges Händewaschen, Aufklären von Falschinformationen, Melden kranker Personen, sichere Bestattungen, Regelung von Besuchen, kein Genuss von Wildfleisch, Betonung persönlicher und häuslicher Hygiene.

Wegen der langen Dauer des Ausbruchs und aufgrund des Ausnahmezustands mit seinen strikten Regeln und Vorschriften sind die Menschen der Situation überdrüssig. Sie wollen einfach wieder ihr normales Leben führen. Nachlassende Sensibilität ist die Folge davon. Das müssen Medien beachten, um die Krankheit zu bekämpfen und einen weiteren Ausbruch zu vermeiden.

Hörspiele werden von den Zuhörerinnen und Zuhörern sehr geschätzt. Unsere Interviewpartnerinnen und -partner würden gerne über die folgenden Themen mehr erfahren: Ebola-Überlebende, Anzeichen und Symptome von Ebola im Vergleich mit Malaria und anderen Krankheiten, Stigmatisierung, Haushalte unter Quarantäne, das Verstecken kranker Personen, Verordnungen und Regeln, Medikation und was in den Behandlungszentren passiert, die Zeit nach Ebola, Statistiken einschließlich der Zahl der Todesfälle. Das kann, aus der Perspektive des Friedensjournalismus, als ein verstecktes Motiv angesehen werden, das nach mehr Transparenz verlangt. Bislang ist dies weder im Radio noch in den Zeitungen ein Thema gewesen. In Verbindung damit stellt

sich die Frage, wie die Mehrheit der Bevölkerung von Sierra Leone an diese Informationen gelangen soll, wenn sie keinen direkten Kontakt zum Gesundheitsministerium oder Internet hat.

Für den Friedensjournalismus ist es wichtig, jede Stimme zu berücksichtigen. Gestützt auf die Rückmeldungen über unsere Fragebögen und unsere eigenen Beobachtungen glauben wir sagen zu können, dass mittlerweile alle eine Stimme haben: Das Personal im Gesundheitswesen, Ebola-Reaktionsteams, NGOs, zivilgesellschaftliche Organisationen, Gesundheitsministerium, Politikerinnen und Politiker, Überlebende, Schülerinnen und Schüler, Studierende, Kinder, Marktfrauen usw. Sie alle sind eingebunden in verschiedene Programme und Formate wie Podiumsdiskussionen, Hörspiele, Erzählungen, Interviews und andere mehr. Die Vielfalt der Medien, das ist der positive Aspekt, vermittelt eine gute Übersicht und Einblicke in die verschiedenen Erfahrungen und Standpunkte unterschiedlicher Personen. Aber kritische Stimmen betonen, dass die Medienunternehmen nur denen eine Möglichkeit zum Sprechen geben, die in der Lage sind, für Sendezeit und Berichterstattung auch zu bezahlen. Dieser Aspekt sollte bei zukünftigen Forschungen berücksichtigt werden.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Medien in Sierra Leone ihre Berichterstattung über die Ebolaepidemie im Lauf der Zeit verbessert haben. Aktuell versuchen sie zum Teil, unterschiedliche Stimmen einzubeziehen um Unaufgeklärtes zu berücksichtigen, Gerüchte klarzustellen und zutreffende Informationen zu vermitteln, sodass die Mehrheit der Bevölkerung damit zufrieden ist. Einige Fragen bleiben aber unbeantwortet: Sind die Medien in der Lage, den von ihnen angerichteten Schaden wiedergutzumachen, besonders im internationalen Zusammenhang? Wie lange werden die (West-) Afrikanerinnen und Afrikaner brauchen, um ein weiteres schlechtes Image global zurechtzurücken? Es gibt für Friedensjournalisten mit Sicherheit genug zu tun - in Westafrika und andernorts.

QUELLE: MEDIA AND JOURNALISM IN PEACE WORK;
BROT FÜR DIE WELT; BAFOUSSAM, BERLIN 2015
TITEL: PEACE JOURNALISM IN CRISIS SITUATIONS
TEXT: SHEKU KAMARA, JULIA KROJER
FOTOS: JULIA KROJER, SLADEA
ÜBERSETZUNG: AXEL WEIPERT

„Zwölf Sommer und elf Winter“

BEGLEITUNG EINER EXHUMIERUNG IN KOLUMBIEN

Die Geschichte Kolumbiens ist von einer ganzen Reihe schwerer innerer Konflikte geprägt. Der aktuelle Bürgerkrieg begann Anfang der 60er Jahre und wird zwischen den linksgerichteten Guerrillas FARC und ELN einerseits, den staatlichen Sicherheitskräften und paramilitärischen Gruppen andererseits ausgefochten. Besonders die ländlichen Regionen sind umkämpft. Drogenanbau und -handel haben dabei verschiedene Konfliktparteien als Geldquelle genutzt. Im Verlauf der Kämpfe wurden weit über zehntausend Menschen Opfer von Gewaltsamem Verschwindenlassen.

Die Partner der ZFD-Träger initiieren eine öffentliche Debatte um die Notwendigkeit und Ausgestaltung von Wahrheitsfindungsmechanismen und Erinne-

rungskultur, um die zahlreichen Verbrechen aufzuarbeiten, die im Bürgerkrieg verübt wurden. Die Schutzbegleitung von peace brigades international ermöglicht es zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren, sich für Wiedergutmachungs- und Versöhnungsprozesse einzusetzen.

Von einem unabhängigen Exertenteam begleitete zivile Exhumierungen helfen Angehörigen, die sterblichen Überreste der Opfer zu finden. Das ist ein wichtiger Ansatz zur Aufarbeitung ihrer traumatischen Erfahrungen. Stephan Kroener, Freiwilliger von pbi, begleitete Padre Javier Giraldo bei einer Exhumierung im Dorf Charras im südöstlichen, dünn besiedelten Bundesstaat Guaviare.



DIE FAHNE MACHT DIE SCHUTZBEGLEITUNG VON PBI SICHTBAR UND ERHÖHT DIE SICHERHEIT DER BEGLEITETEN MENSCHENRECHTSVERTEIDIGERINNEN

VON STEPHAN KROENER Wir sitzen im hohen Gras im Schatten eines der wenigen Bäume der Savanne. Keine fünf Meter von uns graben Alejandro, Karen und Pablo ein Loch in den harten Boden. Sie suchen nach den Überresten Felicianos¹, eines der vielen Opfer der Paramilitärs in Kolumbien. Fast zwölf Jahre liegt er nun schon dort. „Zwölf Sommer und elf Winter“, erklärt Martin, einer der Männer, die den Mut aufgebracht haben, mit uns hier herauszufahren und Feliciano zu suchen. Wir befinden uns in Charras im Bundesstaat Guaviare, einer vergessenen kleinen Siedlung im Südosten Kolumbiens. Ein kurzer Flug und eine lange Autofahrt

über unbefestigte Straßen trennt Charras von der Metropole Bogotá. Die gleiche Strecke nahmen auch die Paramilitärs im Oktober 2002. Die Dorfbevölkerung flüchtete, Charras blieb für viele Jahre eine Geisterstadt. 2007 kehrten die ersten BewohnerInnen zurück, um einen beschwerlichen Weg des Wiederaufbaus und der Erinnerungsarbeit zu beschreiten.

DIE EXHUMIERUNG BEGINNT

In den dünnen Ästen über uns flattert die weiße Fahne mit dem Logo von pbi, die uns als internationale BeobachterInnen ausweist. Auf dieser Reise begleiten wir den Jesuitenpater Javier Giraldo, der seit Jahrzehnten auf dem Gebiet der Erinnerungsarbeit aktiv ist und sich für die Wahrung der Menschenrechte einsetzt.

¹ Name geändert

Die ForensikerInnen begeben sich unter ein provisorisches Sonnendach. Sie sind jung, Alejandro studiert noch. Normalerweise sind sie umgeben von Personal der Gerichtsmedizin und der Spurensicherung. Zivile Exhumierungen, ausgeführt von einem unabhängigen Expertenteam, sind eine neue Methode, um Angehörigen von Opfern zu helfen, die sterblichen Überreste ihrer Lieben zu finden. Im September des letzten Jahres begleitete pbi zum ersten Mal Padre Giraldo bei seiner Arbeit in die Gegend von Charras. Es bleibt Pionierarbeit und eine Tätigkeit, die Kolumbien und die Angehörigen der mindestens 16.000 Verschwundenen noch lang beschäftigen wird. Manche Schätzungen gehen sogar von bis zu 50.000 Opfern Gewalttätigen Verschwindens aus. Pablo schwitzt in seinem weißen Plastikoverall und meint sarkastisch: „Das wird die Arbeit von MenschenrechtsverteidigerInnen in den nächsten Jahrzehnten sein. Noch unsere Enkel werden Opfer exhumieren.“ Karen leitet das ECIAF-Team (Equipo Colombiano de Investigadores Antropólogos Forenses, auf Deutsch Kolumbianisches Ermittlerteam aus Anthropologen und Gerichtsmedizinern). Karen erklärt den Bauern, dass sie nicht zu tief graben dürfen, um nicht etwas zu übersehen, nur fünf Zentimeter darf jeder Spatenstich sein. Wir halten Abstand, um die Arbeit nicht zu stören und Außenstehenden nicht einen falschen Eindruck zu vermitteln. pbi arbeitet strikt nach dem Prinzip der Nichteinmischung.

EIN BEWEGENDER AUGENBLICK

Padre Giraldo ruft uns jetzt, es ist ein bewegender Augenblick. Aus dem staubigen Boden schauen die Stiefelspitzen von Feliciano. Maria erklärt uns, dass er sie trug, als er an jenem tragischen Tag im Oktober 2002 aus dem Haus ging. Sie erinnert sich noch an jedes Detail dieses Morgens. „Er wollte an diesem Tag einen Zaun reparieren und nur schnell im Dorf noch etwas besorgen. Ich sollte ihn mittags dort treffen und ihm was zu essen bringen. Als er nicht kam, lief ich den Weg zurück zu unserem Hof. Als er dort auch nicht war, bekam ich Angst.“ Sie fand ihn später an der Stelle im hohen Gras, an der wir jetzt sitzen. „Sie hatten ihn erschossen, drei Kugeln in den Kopf und zwei in die Brust, die Bäume dort waren voller Blutspritzer.“ Die Erde in Guaviare ist sehr säurehaltig und absorbiert deshalb schnell die Überreste der Opfer. Der Körper von Feliciano ist besser erhalten als die vieler anderer, die nach ihrer Ermordung mit Machete oder Motorsäge zerteilt wurden. „Die Knochen sind von außen mit einer Membran umhüllt, die sie vor Verwesung schützt“, erläutert Alejandro, „sobald ein Knochen aber aufbricht, können Mikroorganismen ihn zersetzen.“ Karen entdeckt den Schädel. Stumm schreiend erscheinen die Augenhöhlen in der trockenen Erde. Die ForensikerInnen pinseln ihn frei – die Schädel-

decke ist aufgeplatzt, aber ein grau-blau kariertes Hemd hält ihn zusammen. Maria erzählt uns: „Er hatte diese Angewohnheit, sich das Hemd um den Kopf zu binden, um sich vor der Sonne zu schützen.“

DIE ERINNERUNGSARBEIT GEHT WEITER

Unzählige Opfer forderte der Konflikt in Kolumbien im Norden von Guaviare. In Charras erzählt man uns, dass man bei einer Dorfgemeinschaft von 70 Personen von 23 Verschwundenen ausgeht, die in der Gegend verscharrt wurden. Teils von Paramilitärs, um Spuren zu verwischen, teils von Angehörigen, die in angstvoller Eile ihre ermordeten FreundInnen und Verwandten vergruben, um sie nicht wilden Tieren auszuliefern. Auch Maria kehrte nach ein paar Tagen mit befreundeten Bäuerinnen und Bauern aus dem Dorf zurück, um Feliciano zu beerdigen. Die Paramilitärs waren noch in der Gegend und ließen keine Bestattung der Toten zu, um auf diese Weise weitere Angst in der Bevölkerung zu säen. Miguel diskutiert mit Maria, welcher Tag es genau war. „Es war der 12. Oktober, mein Geburtstag, ich erinnere mich noch genau.“ Feliciano liegt nun frei, er hat nichts Furchtbares oder Trauriges an sich. Man spürt, wie es den Umstehenden Kraft gibt, es ist ein Zeichen, dass sie sich nicht von der Gewalt unterkriegen lassen. Diese Art der Exhumierung hat einen großen Vorteil. Die Hinterbliebenen können auf diese Weise aufarbeiten, was ihnen und ihren Lieben angetan wurde. Die Dorfgemeinschaft unterstützt dadurch die kollektive Erinnerungsarbeit und bricht das Schweigen. Padre Giraldo spricht ein Gebet und benetzt die Knochen Felicianos mit geweihtem Wasser. Im Dorf werden sie kurz vor unserem Abschied noch eine Messe halten, eine der ersten seit vielen Jahren. Fünf Tage waren wir in Charras. Vier Opfer konnte das Team exhumieren. Drei von ihnen sind durch Kleider und Fundstelle von Angehörigen vorläufig identifiziert worden. Nun reisen mit uns vier Kartons, jeder nicht größer als eine Bananenkiste. Karen übergibt sie der Staatsanwaltschaft, die mit der Beweisführung beginnt und DNS-Tests durchführen wird. Der Prozess wird ein bis zwei Jahre dauern, dann werden die Überreste den Angehörigen in einer staatlich organisierten Zeremonie übergeben. Die Sterbeurkunde und das gerichtsmedizinische Gutachten helfen ihnen, vom kolumbianischen Staat Gerechtigkeit zu fordern. Damit wird das Leid vieler Angehöriger etwas gemildert, doch die Erinnerungsarbeit in Charras und in Kolumbien geht weiter.

QUELLE: PBI RUNDBRIEF, SOMMER 2014
TITEL: „ZWÖLF SOMMER UND ELF WINTER“
TEXT: STEPHAN KROENER
FOTOS: PBI



EXHUMIERUNG EINES OPFERS GEWALTSAMEN VERSCHWINDENLASSENS

„Wo das Recht auf Rache erlischt“

Burundi in Zentralafrika gehört zu den ärmsten und am dichtesten bevölkerten Ländern der Erde. Hunger und eine geringe Lebenserwartung sind die Folgen. Trotz eines offiziellen Friedensabkommens im Jahre 2005 leiden die Menschen noch unter den langanhaltenden Konflikten zwischen Hutus und Tutsis. Die Menschenrechtslage wird von internationalen Beobachterinnen und Beobachter als problematisch eingestuft. Der gescheiterte Putsch vom Mai 2015 belegt, dass das Land auch politisch keineswegs stabil ist.

Der Weltfriedensdienst unterstützt die burundische Organisation MIPAREC bei der Friedens- und Versöhnungsarbeit zwischen den betroffenen Konfliktparteien. Den sozialen Zusammenhalt innerhalb der burundischen Gesellschaft zu stärken und deren Fähigkeit zu gewaltfreier Konfliktbearbeitung zu fördern, das sind die Ziele von MIPAREC.

Emmanuel Nibayubahe ist Projektkoordinator des burundischen WFD-Partners MIPAREC. Mit ihm sprach Matthias Hoffmeister, Jurist und Friedensfachkraft des WFD vor Ort im Bereich Empowerment von Friedenskomitees.

INTERVIEW MIT
EMMANUEL NIBAYUBAHE

Wie erreicht MIPAREC seine Ziele?

Bis jetzt haben sich durch unsere Aktivitäten in 12 Kommunen des Landes Friedenskomitees gebildet. Deren Fähigkeiten müssen zunächst gefördert werden. Ein Friedenskomitee besteht aus durchschnittlich 12 Mitgliedern, die alle persönlich von den Folgen des burundischen Bürgerkriegs betroffen sind; zum Beispiel rückkehrende Bürgerkriegsflüchtlinge oder ehemalige Militärs. Die Mitglieder der Komitees werden zu versöhnungsrelevanten Themen wie Gewaltfreie Konfliktbearbeitung und Verhandlungs- und Mediationstechnik geschult, erhalten aber auch Grundlagen in Rechtsfragen, wie im Familien- und Grundstücksrecht und in den Bürger- und Menschenrechten. Nach der Ausbildung können die Friedenskomitees eigenständig vermittelnde Aktivitäten zur Versöhnung der Konfliktgruppen durchführen und langfristig durch den Versöhnungsprozess begleiten. Ein Schwerpunkt

liegt außerdem auf dem fördernden Umgang mit traumatisierten Menschen. In diesem Rahmen werden bedeutsame lokale Führungspersonlichkeiten in Traumaarbeit aus- und fortgebildet, sowie traumatisierte Menschen betreut.

Wie sieht die Versöhnungsarbeit in der Praxis aus?

Ziel ist die Beibehaltung einer intakten Gemeinschaft. Das Projekt verfolgt den in der Friedensarbeit entstandenen Ansatz der wiederherstellenden Gerechtigkeit. In einem ersten Schritt werden dabei von den Mitgliedern der Friedenskomitees Opfer und Täter zusammengebracht. Ziel ist es, dass sie einander die Wahrheit sagen. Damit beginnt der Prozess der Wiederannäherung und gleichzeitig die konstruktive Beilegung der Konflikte aus Vergangenheit und Gegenwart. Die Gemeinschaft beobachtet, ob sich der Täter verändert hat, ob er tatsächlich bereut und sich heute anders verhält als früher. Bittet der Täter im Laufe dieses Prozesses um Verzeihung,



VERFEINDETE MENSCHEN ZUSAMMEN BRINGEN UND GESPRÄCHE INITIIEREN -
DAS IST DIE LEISTUNG DER FRIEDENSKOMITEES

kann das Opfer annehmen, womit ein Recht auf Rache erlischt. Wenn das Opfer nicht verzeiht, werden Regeln für ein nachbarschaftliches Zusammenleben vereinbart. Oft einigen sich Täter und Opfer auch auf das Erbringen von Reparationsleistungen. Zur Stärkung der Gemeinschaft werden außerdem Spargruppen organisiert, gemeinsame Feldarbeit und speziell für Jugendliche kulturelle Veranstaltungen mit Tänzen, Spielen und Theateraufführungen. Dazu gibt es Hilfestellung für besonders verwundbare Gruppen, beispielsweise mit dem Bau von Häusern für Flüchtlingsfamilien.

Ist Ihnen ein Fall gelungener Versöhnungs- und Mediationsverfahren besonders in Erinnerung geblieben?

In der Provinz Gitega hatte ein Mann im Bürgerkrieg die Kinder seiner Nachbarin, einer Witwe, getötet. Im Rahmen des Versöhnungsprozesses akzeptierte die Witwe das Angebot ihres Nachbarn, als „Sohn“ sich

nun sein restliches Leben lang ihrer anzunehmen, da sie sonst niemanden mehr hatte, der sich um sie kümmern konnte. Oder, in einem Landkonflikt im Süden des Landes, in der Provinz Nyanza Lac nahe der Grenze zu Tansania, nutzte ein Mann unbefugt das Land einer Familie, die aufgrund der Unruhen ins Nachbarland geflohen war. Infolge der Mediation erklärte der Mann sich bereit, das Land um des Friedens willen zurückzugeben. Nachdem er gesprochen hatte, stand ein anderer Mann, offenbar beeindruckt von dem Vorgang, spontan auf und kündigte an, dass er von ihm ebenfalls unrechtmäßig genutzte Parzellen an rückkehrende Flüchtlinge zurückgeben werde.

QUELLE: QUERBRIEF, MAGAZIN DES WELTFRIEDENSDIENSTES, 2/2014

TITEL: „WO DAS RECHT AUF RACHE ERLISCHT“

TEXT: MATTHIAS HOFFMEISTER

FOTO: WFD-ARCHIV/MIPAREC



MIODRAG TASIC, SERBISCHER KRIEGSVETERAN, WAR EINER DER ERSTEN TEILNEHMENDEN DER TRAUMASEMINARE. HEUTE ENGAGIERT ER SICH IN DER FRIEDENSARBEIT.

Kriegserfahrung für eine friedliche Zukunft

BOSNIEN-HERZEGOWINA: VETERANEN DISKUTIEREN MIT JUGENDLICHEN ÜBER IHRE ERFAHRUNGEN

Nach der Abspaltung der beiden Teilstaaten Slowenien und Kroatien kam es 1992 auch in Bosnien-Herzegowina zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen des zerfallenden Jugoslawiens. Bedingt durch die starke Fragmentierung des Landes und die militärischen Interventionen Serbiens und Kroatiens konnte der Krieg erst 1995 mit dem Friedensabkommen von Dayton beendet werden. Bis heute ist das Land jedoch zutiefst gespalten und hat zudem mit massiven wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen.

Das Forum Ziviler Friedensdienst (*forumZFD*) fokussiert seine Arbeit in der Region auf die Bereiche Vergangenheitsaufarbeitung und Friedenserziehung. Offizielle Institutionen werden dabei unterstützt, einen verantwortungsvollen und friedensfördernden Ansatz im Umgang mit der gewaltsamen Vergangenheit zu verfolgen. Eine Kritik der Glorifizierung

von Nationalismus und Gewalt spielt ebenfalls eine wichtige Rolle. Zugleich werden Methoden der gewaltlosen Konflikttransformation insbesondere im Bildungsbereich und die Stärkung zivilgesellschaftlicher Organisationen unterstützt. So wird ein Beitrag geleistet, um gesellschaftliche Beziehungen neu aufzubauen, die sich auf gegenseitiges Vertrauen, Empathie, Menschenwürde und Toleranz stützen.

Fast 20 Jahre nach dem Krieg wächst in Bosnien-Herzegowina eine Generation ohne direkte Erinnerung an den Krieg heran. Aber die Konfliktfolgen prägen das Leben in dem Land wie in keiner der anderen ehemaligen jugoslawischen Republiken. Friedensaktivist Lučiano Kaluža leitet die Regionale Friedensinitiative und hat einen ungewöhnlichen Schritt gewagt, um Jugendliche in seinem Land für den Krieg zu sensibilisieren: Er arbeitet mit jenen zusammen, die damals gekämpft haben.



MIODRAG TASIC IM DIALOG MIT EINER JUGENDLICHEN

VON BRITTA WIEMERS „Veteranen haben die extreme Gewalt des Krieges unmittelbar erlebt“, erklärt Kaluža. Wer könnte Jugendlichen also besser die grausame Realität des Krieges vermitteln als ehemalige Kombattanten? Dennoch gibt es bislang nur wenige Friedensprojekte, die mit Kriegsveteranen zusammenarbeiten. Dies hat einerseits mit der auch persönlichen Distanz von Friedensaktivist/innen und ehemaligen Soldat/innen und Milizen zu tun. Zum anderen scheuen sich viele Veteranen, über ihre Erfahrungen offen zu sprechen. Lučiano Kaluža hat deshalb großen Respekt vor den Veteranen, die sich mit ihm bei der Regionalen Friedensinitiative engagieren: „Dass sie dazu bereit sind, sich mit ihrer Vergangenheit auseinanderzusetzen, ihre körperlichen und seelischen Traumata aufzuarbeiten und diese Erfahrungen konstruktiv für eine friedliche Zukunft nutzbar zu machen, ist eine enorm wichtige Botschaft für die gesamte Gesellschaft, aber gerade auch für junge Menschen.“

KRIEGSERFAHRUNGEN FÜR DIE FRIEDENSARBEIT NUTZEN

Die Erfahrungen von Kriegsveteranen für die Friedensarbeit zu nutzen, dies ist das Ziel des „KUVI“-Programms, das Lučiano Kaluža damals mit Unterstützung des *forumZFD* und *pax christi* in der Republik Srpska in Bosnien-Herzegowina startete. Die Abkürzung KUVI steht für Konstruktive Nutzung von Kriegserfahrungen. Die Idee, Kriegsveteranen in der Friedensarbeit mit Jugendlichen zu beteiligen, wurde zunächst in Serbien vom renommierten Trauma-Zentrum Novi Sad entwickelt, dessen Aufbau das *forumZFD* mehrere Jahre unterstützt hat. Im Rahmen ihrer Traumaseminare für Kriegsveteranen machten die Psychologen und Therapeuten

des Zentrums eine spannende Erfahrung: In dem Maße, wie die Veteranen ihre Traumata überwinden, wuchs in ihnen das Bedürfnis nach Versöhnung und persönlichem Engagement für Frieden. Neben den Begegnungen mit Jugendlichen organisierte das Zentrum zusammen mit dem *forumZFD* später auch Begegnungen zwischen Veteranen der ehemals verfeindeten Nachfolgestaaten Jugoslawiens.

VON DER TRAUMATHERAPIE ZUR VERSÖHNUNG

Das Programm KUVI profitierte von den Erfahrungen aus Serbien. Der Politikwissenschaftler Kaluža, der schon seit über zehn Jahren in der Jugend- und Bildungsarbeit aktiv ist, war von dem Ansatz des Projekts sofort überzeugt. Er und sein Kollege Spasoje Kulaga, selbst ein Kriegsveteran und heute Leiter von KUVI, stellten ihre Idee ehemaligen Kombattanten in der Republik Srpska, dem serbischen Teil Bosnien-Herzegowinas, vor.

Die Reaktionen der Veteranen waren dabei ganz unterschiedlich: Einige waren von Anfang an begeistert über die Möglichkeit, ihre Erfahrungen an junge Menschen weiterzugeben, andere zunächst skeptisch und zurückhaltend. Einige entschieden sich auch gegen eine Teilnahme oder brachen diese nach einiger Zeit ab, da die intensive und andauernde Auseinandersetzung mit ihren traumatischen Erlebnissen für sie emotional zu anstrengend war oder weil sie unrealistische Erwartungen, wie zum Beispiel die Aussicht auf einen Arbeitsplatz, an das Programm hegten, die nicht erfüllt werden konnten. Insgesamt elf Veteranen haben sich bisher an dem Programm beteiligt.

Über einen Zeitraum von sechs Monaten bereiteten Psycholog/innen des Trauma-Zentrums aus Novi



ZERSTÖRUNGEN DES KRIEGS SIND WEITERHIN IM STRASSEN BILD SICHTBAR

Sad sowohl die Veteranen als auch ausgewählte Moderator/innen auf die Dialoge mit Jugendlichen vor. Bei den Moderator/innen handelt es sich um Lehrer/innen, Schulpsycholog/innen und Sozialarbeiter/innen. Sie und die Veteranen wurden mit den Methoden der gewaltfreien Kommunikation, des Aktiven Zuhörens sowie verschiedenen Moderations- und Präsentationstechniken vertraut gemacht.

JUGENDLICHE DISKUTIEREN MIT VETERANEN

An den bisherigen 30 Dialogveranstaltungen mit Veteranen nahmen über 500 Jugendliche teil. Die Workshops finden häufig in Schulen statt und dauern etwa drei Stunden.

Dabei beschreiben zunächst drei Veteranen, wie sie die verschiedenen Phasen des Krieges erlebt haben, angefangen von der Mobilisierung, dem Einsatz an der Front, bis zur Rückkehr zu ihren Familien und der schwierigen Zeit danach. Im zweiten Teil haben die 15 bis 20 Jugendlichen die Gelegenheit, Fragen zu stellen, von den Erfahrungen in ihren Familien zu berichten und mit den Veteranen zu diskutieren. Häufig möchten die Jugendlichen wissen, ob die Veteranen im Krieg einen anderen Menschen getötet haben, ob sie ihre Taten bereuen oder ob sie ihre eigenen Kinder in den Krieg ziehen lassen würden.

Lučiano Kaluža, der bei den Projekttagen die Rolle eines Moderators übernimmt, war selbst bereits als Schüler in Jugendorganisationen aktiv und sieht darin eine Kontinuität zu seiner heutigen Arbeit: „Im Grunde genommen haben wir damals schon Friedensarbeit gemacht, wir haben es bloß nicht so genannt. Vorurteile, Hass und Gewalt zwischen Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft und Ethnien abzubauen, war immer Teil meiner Arbeit.“ Heute

wie damals, unmittelbar nach Ende des Krieges, ist der Bedarf an Friedensarbeit groß. Die Arbeits- und Perspektivlosigkeit insbesondere für junge Menschen sowie die Spaltung der Gesellschaft entlang ethnischer Linien bergen ein großes Konfliktpotential. Für viele junge Menschen ist Gewalt ein Teil ihres Lebens, der ihnen unvermeidlich erscheint.

KONFLIKTPOTENTIALE

Mit dem Veteranen-Programm gelingt es, diese Einstellungen der Jugendlichen in Frage zu stellen, wie Kaluža nach jedem Dialog merkt: „Fast immer erhalten wir nach einem Dialog einen Anruf der Schulleitung, in dem sie uns bitten wiederzukommen und mit noch mehr Jugendlichen zu sprechen. Auch in den Evaluationsbögen, die alle Teilnehmenden ausfüllen, beschreiben die Jugendlichen, dass die Gespräche mit den Veteranen ihre Einstellung zu Krieg und Gewalt verändert haben, und dass sie sich für ein friedliches Miteinander einsetzen möchten.“ Die Erfahrungen des KUVI-Programms sollen nun auch Schritt für Schritt in anderen Landesteilen und Nachbarländern aufgegriffen werden. Im Jahr 2014 veranstaltete das *forumZFD* dazu eine Konferenz in Sarajevo, um die Chancen der Zusammenarbeit mit Kriegsveteranen zu diskutieren und das Programm neuen Partnern und Unterstützern vorzustellen. Damit stehen die Chancen gut, das Veteranen-Programm weiterzuführen und auszubauen, um das Bewusstsein der jungen Generation für den Frieden zu schärfen.

QUELLE: MAGAZIN *FORUMZFD* 1/2014
TITEL: KRIEGSERFAHRUNG FÜR EINE FRIEDLICHE ZUKUNFT
TEXT: BRITTA WIEMERS
FOTOS: *FORUMZFD*

Transitional Justice in Mindanao und den Philippinen

Bis zur sogenannten Revolution 1986 beherrschte Ferdinand Marcos die Philippinen mit eiserner Hand. In seiner Regierungszeit kam es zu massiven Verstößen gegen Menschenrechte. Zugleich war sein Regime durch eine beispiellose Korruption geprägt. Zudem kam es auf der südlichen, zweitgrößten Insel Mindanao zu einem jahrzehntelangen Unabhängigkeitskampf muslimischer Gruppen. Erst in der jüngsten Vergangenheit wurde dort ein Friedensprozess eingeleitet, dessen erfolgreicher Abschluss allerdings noch nicht gewährleistet ist. Immer wieder wird er von Gewalt überschattet.

Das *forumZFD* verfolgt im Friedensprozess einen Ansatz, der zivilgesellschaftliche Akteure und die Medien in eine transparente Konfliktlösung einbeziehen will. Eine wichtige Rolle spielen lokale Repräsentantinnen und Repräsentanten und Behörden, die dabei unterstützt werden, nachhaltige und partizipative Strategien bezüglich der lokalen Ressourcenkonflikte anzuwenden. Das *forumZFD* hat auch marginalisierte Gruppen wie indigene Gemeinschaften im Blick, deren Bewusstsein für ihre Rechte gegenüber der Rohstoffgewinnung und den damit verbundenen Machtungleichgewichten gestärkt werden soll.

Ruben Carranza ist gebürtiger Filipino. Er beschäftigt sich seit vielen Jahren wissenschaftlich und politisch mit den Themen Transitional Justice, Korruption und Wirtschaftsstraftaten. Insbesondere war er in führender Position in die Presidential Commission on Good Government (PCGG) eingebunden, die kurz nach dem Ende der Marcos-Diktatur ins Leben gerufen wurde. Darüber hinaus berät er den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag.

Seit vielen Jahren arbeitet das *forumZFD* auf Mindanao in verschiedenen Projekten mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und Journalistinnen und Journalisten zusammen, um zu einem inklusiven und transparenten Friedensprozess zwischen der philippinischen Regierung und der Moro Islamic Liberation Front (MILF) beizutragen. Ein Ergebnis ist die viel beachtete Publikation „Moving Beyond: Towards Transitional Justice in the Bangsamoro Peace Process“ die vom *forumZFD* konzipiert und herausgegeben und im Juli in Davao City, dem Programmstandort des *forumZFD*, Vertreterinnen und Vertretern aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Medien und Staat vorgestellt wurde.



INTERVIEW MIT RUBEN CARRANZA **Welches sind die Ihrer Meinung nach wichtigsten historischen Ungerechtigkeiten und Menschenrechtsverletzungen im philippinischen Kontext?**

Seit den Anfängen ihrer Geschichte nach Kolonisierung und Zweitem Weltkrieg hat die Philippinische Republik zwei Bauernrebellionen erlebt, eine ganze Reihe von separatistischen Bewegungen der Moros bekämpft, wurde von einem Diktator regiert und hatte – abgesehen vom jetzigen – nie einen Präsidenten, dessen Macht nicht vom Militär abhing, genommen oder bedroht wurde. Im Umgang mit ungesühnten Menschenrechtsverletzungen ist es naheliegend, sich auf diese Phasen von Gewalt und Unterdrückung in der jüngeren Geschichte zu konzentrieren. Aber ebenso, wie Wahlen nicht notwendig das bedeutsamste Mittel der Demokratie in Entwicklungsländern sind, in denen Armut und soziale Ungleichheit grundlegende Hindernisse der politischen Teilhabe sind, sollten die Gewaltakte unter der Diktatur oder die Grausamkeiten während der bewaffneten Konflikte nicht die einzigen Orientierungspunkte sein bei der Gestaltung von Transitional Justice. Denn dann besteht die Gefahr, ihre soziale und wirtschaftliche Vorgeschichte und ihre Folgen zu verschleiern. Ich denke, es ist ebenfalls wichtig, die Missstände zu untersuchen, die die Beteiligten der bewaffneten Konflikte motivieren und herauszufinden, welche wirtschaftlichen und sozialen Absichten der staatlichen Repression und dem militärischen Eingreifen zugrunde liegen. Diese Missstände und Ziele werden, da folge ich Zinaida Millers Beobachtung, im Prozess der Transitional Justice oft verdeckt. Sie dürfen, wie das Miller formuliert hat, in der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit aber nicht bloßer Hintergrund bleiben.

Wie bewerten Sie die bisherigen Erfahrungen mit Transitional Justice auf den Philippinen? Gibt es da einen speziellen philippinischen Weg?

Corazon Aquino begegnete dem doppelten Vermächtnis der Marcos-Diktatur, der Korruption und den Menschenrechtsverletzungen, mit zwei „Presidential Commissions“. Eine, um die Verantwortung für Menschenrechtsverletzungen zu klären, die andere für die umfangreiche Korruption. Die „Presidential Commission on Good Government“ (PCGG) wurde zwei Tage nach Marcos' Flucht ins Exil eingesetzt. In dieser war ich fünfzehn Jahre nach ihrer Gründung als Vorsitzender tätig. Die „Presidential Commission on Human Rights“ (PCHR) wurde über einen Monat später zusammengestellt. Die Aquino-Regierung schuf damit einen Präzedenzfall in der Transitional Justice. Keine andere Regierung in einem vergleichbaren Übergangsprozess hat zuvor versucht, die Verantwortlichkeit für beide Arten von Missbrauch festzustellen. Die PCGG konnte anfangs einige Er-

folge feiern. Aber in den folgenden Jahren hatte sie große Probleme bei der Verfolgung und Rückführung der unrechtmäßigen Besitztümer von Marcos. Die PCHR dagegen fällt die strategische Entscheidung, keine umfassende Verfolgung der Menschenrechtsverletzer aus der Marcos-Ära durchzuführen. Stattdessen wurden nur einige „Testfälle“ zur Verfolgung mit massiven juristischen Mitteln vorbereitet. Es wurde bald klar, dass sich Corazon Aquino selbst als eine Übergangsführerin sah, die sich gegenüber den Tätern aus der Marcos-Diktatur in einer Position der Schwäche befand. Denn diese waren nach wie vor mächtig oder reich.

Das Scheitern der PCGG in ihrem Bemühen, das Vermögen der Marcos-Familie und ihrer Komplizen wiederzuerlangen, erschwerte es noch zusätzlich, die Straflosigkeit der Menschenrechtsverletzungen zu überwinden. Denn das erlaubte es Marcos und seinen Helfern, Destabilisierung und Putschversuche zu finanzieren. Sie bezahlten die Wahl von Joseph Estrada, einem populären Schauspieler und Marcos-Bewunderer. Er gab die Besitztümer an die Anhänger von Marcos zurück oder sorgte dafür, dass Prozesse gegen sie im Sande verliefen. Mit anderen Worten: Der Misserfolg dabei, die Menschenrechtsverletzer zur Verantwortung zu ziehen, erlaubte es in Kombination mit dem frühen Scheitern der Wiedererlangung von Vermögenswerten des Marcos-Clans und seiner Entourage beiden Tätergruppen, ihre Straflosigkeit sicherzustellen.

Andererseits wurde das Gesetz über Wiedergutmachungen für Überlebende und Opfer der Menschenrechtsverletzungen unter der Marcos-Diktatur schließlich während der zweiten Aquino-Präsidentschaft in Kraft gesetzt. Ich schrieb 2003 den ersten Entwurf des Gesetzes. Das ging auf eine Verpflichtung der Philippinen aus den Verhandlungen mit der Schweiz zurück und führte dazu, 680 Millionen Dollar an unrechtmäßigen Besitztümern von Marcos wiederzuerlangen. Aber weitaus wichtiger für das Reparationsgesetz waren die hartnäckigen Bemühen von Menschenrechtsaktivisten, Opferorganisationen und linken Politikern, die sich für Wiedergutmachungen einsetzten, bis das Gesetz dann zehn Jahre nach seinem Entwurf verabschiedet wurde. Aktuell stellt dieses Wiedergutmachungsgesetz die beste Möglichkeit für Transitional Justice im Land dar. Seine Umsetzung wird zwar weiter vom Marcos-Clan bekämpft. Aber es wird im Gegensatz zu ähnlichen Programmen in anderen Entwicklungsländern nicht an der finanziellen Ausstattung scheitern. Das philippinische Wiedergutmachungsgesetz ist eine einzigartige Einrichtung, da es die Verantwortlichkeit für Menschenrechtsverletzungen mit den Bemühungen verbindet, die Gelder aus den Wirtschaftsverbrechen von Marcos zurückzubekommen. Ein Drittel der wiedererlangten Vermögen



aus Marcos' Schweizer Konten, rund 200 Millionen Dollar, wurden für Wiedergutmachungen im Rahmen dieses Gesetzes bereitgestellt.

Was sind ihre Lehren bezüglich der Transitional Justice in Mindanao?

Meiner Meinung nach gibt es da vor allem zwei Punkte: Zunächst ist es wichtig, dass die Überlebenden von Menschenrechtsverletzungen und anderen Straftaten im Zusammenhang mit dem Konflikt bei den Friedensverhandlungen und danach mit am Tisch sitzen müssen. Sonst kann deren Recht auf Wahrheit, Wiedergutmachung und Gerechtigkeit in den Verhandlungen beiseite geschoben werden und auch die Verpflichtung zu Transitional Justice wird dann leicht vergessen. Die zweite Lektion ist, dass die internationale Gemeinschaft eine aktive, manchmal auch direkte Rolle einnehmen muss. Nur so ist sichergestellt, dass Gerechtigkeit und Verantwortlichkeit Teil des Friedensprozesses sind. Und die Rechte der Überlebenden können dann nicht unter den Tisch fallen oder während bzw. nach der Unterzeichnung der Friedensabkommen gegen Straflosigkeit eingetauscht werden.

Welche besonderen Umstände und Themen müssen in Mindanao berücksichtigt werden bei der Formulierung eines Transitional Justice Programms?

Ein integrierender Prozess bei der Ausformulierung einer Transitional Justice Strategie bedeutet, dass

man die erforderliche Zeit und Mühe investiert, um die Bürger ausfindig zu machen und anzuhören, bevor entsprechende politische Maßnahmen in Bezug auf die Vergangenheit ergriffen werden. Besonders wichtig ist es dabei, diejenigen einzubeziehen, die bislang aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Traditionen oder ihres wirtschaftlichen und sozialen Hintergrunds wie Armut, Analphabetismus oder Vertreibung marginalisiert wurden. Der Prozess hin zum neuen Friedensabkommen scheint einige Maßnahmen zu beinhalten, um öffentliche Beratung und gesellschaftliche Partizipation auf effiziente Weise zu ermöglichen. Aber ich halte es weiterhin für wichtig, dass jede Politik im Sinne der Transitional Justice nicht nur von denen diskutiert und entschieden wird, die an den Friedensverhandlungen teilnehmen oder nach dem Friedensabkommen Zugang zu den Entscheidungsträgern haben.

QUELLE: MOVING BEYOND: TOWARDS TRANSITIONAL JUSTICE IN THE BANGSAMORO PEACE PROCESS

TITEL: TRANSITIONAL JUSTICE IN MINDANAO AND THE PHILIPPINES

TEXT: RUBEN CARRANZA

FOTOS: FORUMZFD

ÜBERSETZUNG: AXEL WEIPERT

Gewaltfrei für gerechten Frieden in Nahost

ERFAHRUNGEN DES GEWALTFREIEN WIDERSTANDS

Nach jahrzehntelangem Konflikt und Besatzung, gewaltsamem Widerstand und Friedensverhandlungen ist ein Großteil der palästinensischen Bevölkerung desillusioniert über alle bisherigen Lösungsansätze des israelisch-palästinensischen Konfliktes und der stagnierenden Besatzungssituation. Dennoch sind Aktivistinnen und Aktivisten, Dorferkomitees, Organisationen und Initiativen seit vielen Jahren im gewaltfreien Widerstand gegen die Besatzung und sehen darin eine Chance für Menschenrechte, Schutz der Zivilbevölkerung vor Gewalt von Militär und SiedlerInnen und für gerechten Frieden in Nahost.

Um Aussicht auf Erfolg zu haben, braucht es aus Sicht vieler Akteure zum einen wieder eine breite Beteiligung der Bevölkerung – wie sie zum Beispiel während der 1. Intifada existierte - und so eine Entwicklung von einzelnen Aktionsgruppen wieder hin zu einer echten Bewegung. Zum anderen spielt die Unterstützung der israelischen und der internationalen Aktivistinnen und Aktivisten und das Erreichen

der israelischen und der internationalen Öffentlichkeit eine zentrale Rolle. Der gemeinsame gewaltfreie Widerstand gegen die Besatzung („Co-Resistance“) ist in der aktuellen Situation einer der wenigen Bereiche, wo jüdische (und palästinensische) Israelinnen und Israelis mit Palästinenserinnen und Palästinensern in den besetzten palästinensischen Gebieten eng zusammenarbeiten, Vertrauen aufbauen und sich gemeinsam aktiv für gerechte und friedliche Perspektiven des gemeinsamen Lebens in der Region basierend auf gleichen Rechten für alle einsetzen.

Das hat die KURVE Wustrow darin bestärkt, ihr ZFD-Programm in Palästina und Israel auf die Unterstützung, Stärkung und Qualifikation dieser gewaltfreien Akteure und Bewegung auszurichten. Zwei Schwerpunkte sind dabei von besonderer Bedeutung: Gewaltfreiheit als politische Strategie zu bewerben sowie gewaltfreie Aktivistinnen und Aktivisten und die gewaltfreie Bewegung zu unterstützen, zu bestärken und zu qualifizieren.



EIN PALÄSTINENSISCHER AKTIVIST DISKUTIERT AUF EINER DEMONSTRATION MIT ISRAELISCHEN SOLDATEN

VON THIMNA BUNTE *AL WALAJEH, 2015.* Rechts der Siedlungseingang, links die Straße zum Siedlercheckpoint nach Jerusalem. Geradeaus der Eingang in das palästinensische Dorf Al Walajah. Der Weg zum Kooperationsbüro der KURVE Wustrow in Palästina führt entlang der meterhohen Mauer, die in Zukunft das Dorf vollständig umgeben soll. Seit 2012 arbeiten von hier die Fachkräfte der KURVE Wustrow mit gewaltfreien Initiativen in Palästina und Israel.

BIL'IN, 2004. Die israelische Mauer soll das palästinensische Dorf Bil'in von einem Großteil seiner Ländereien trennen. Frauen und Männer aller Altersgruppen demonstrieren jahrelang gewaltfrei gegen die Mauer, blockieren die Bauarbeiten, pflanzen nachts entwurzelte Olivenbäume wieder ein. In Kombination mit Öffentlichkeitsarbeit und Gerichtsverhandlungen wird der Druck so groß, dass der Verlauf der Mauer verändert wird. Wie ein Lauffeuer verbreitet sich das Beispiel von Bil'in, immer mehr gewaltfreie Komitees werden in Dörfern entlang der Mauer und in Siedlungsnähe gegründet. Um den aktiven Charakter und die Verwurzelung in der Bevölkerung zu unterstreichen, sprechen sie von "popular struggle" oder "civil resistance".

AL MA'ASARA, 2013. Auf einer wöchentlichen Demonstration bewegen sich 17 palästinensische und fünf israelische AktivistInnen auf eine Armeeblockade zu, begleitet von 15 AusländerInnen. Wie in Bil'in, Nabi Saleh, Hebron, Ni'lin, und anderen Dörfern fordern sie das Ende der israelischen Militärbesatzung und stattdessen die Garantie von Menschen- und Zivilrechten, sowie die Einhaltung internationalen Rechts von allen Seiten – Grundlagen für gerechten Frieden in Nahost. Doch engagieren sich heute immer weniger Menschen für die Aktivitäten. Zu wenige sichtbare Erfolge konnten erlangt werden, zu gewaltsam sind die Repressionen des israelischen Militärs gegen gewaltfreie AktivistInnen. Viele von ihnen sind ausgebrannt. Was tun?

STRATEGIE

RAMALLAH, 2014. Das Popular Struggle Coordination Committee (PSCC), ein Dachverband gewaltfreier Widerstandskomitees, möchte mit der gewaltfreien Bewegung eine Strategie entwickeln. Doch die Bewegungsakteure sind zerstritten. Zudem bleibt unter dem enormen Druck, auf permanente Besatzungsaktivitäten zu reagieren, wenig Zeit und



GEWALTFREIER WIDERSTAND HAT VIELE GESICHTER

Raum, bewusst an einer Strategie zu arbeiten. Dennoch: Schlüsselpersonen der Bewegung nehmen an einem Kurs zu Strategiebildung in gewaltfreien Bewegungen einer Fachkraft der KURVE Wustrow teil. Daraufhin initiieren sie einen Strategieprozess. Verschiedene Akteure der Bewegung entwickeln in mehrtägigen Workshops die Grundlagen einer gemeinsamen Strategie. Der Prozess ist einmalig - und herausfordernd. 2015 läuft der Strategieprozess dezentralisiert weiter, begleitet durch Fachkräfte der KURVE Wustrow.

MEDIENARBEIT UND ADVOCACY

RAMALLAH, 2014. Überzeugende Berichterstattung über die Aktivitäten gewaltfreier Initiativen in Palästina und Israel ist rar. Youth Against Settlements (YAS), eine gewaltfreie Aktionsgruppe aus Hebron, und PSCC erarbeiten daher mit der KURVE Wustrow Ansätze für eine professionellere Medienarbeit. Nach den ersten Trainings ist klar: Trainings allein reichen nicht, praktische Ansätze müssen her. Unermüdlich arbeiten MedienaktivistInnen zusammen mit einem professionellen Filmteam an einer DVD. Ende 2014 ist es so weit: „Unknown Soldiers – Stories from the nonviolent resistance in Palestine“ hat Weltpremiere. Acht junge FilmemacherInnen präsentieren ihre eigene Perspektive zur gewaltfreien Bewegung und ihren Motiven, sie zu unterstützen. Die acht Kurzfilme haben Erfolg und werden auf den Dokumentarfilmfestivals in Dublin, Bristol und Dubai gezeigt.

BERLIN, 2015. Zwei Aktivisten von YAS treffen sich mit VertreterInnen aus Parlament und Ministerien. Sie geben Vorträge in Cafés und Instituten, spielen Straßentheater in U-Bahnstationen. Wie alle PartnerInnen der KURVE Wustrow wollen sie die Bevölkerung und politische EntscheidungsträgerInnen in anderen Ländern dazu motivieren, sich für gerechten Frieden in Nahost einzusetzen - ein Beispiel für Advocacyarbeit. 2016 soll die nächste YAS SpeAction Tour von einer Ausstellung begleitet werden, die mithilfe von filmischem Material, Theaterelementen und räumlichem Gestaltungsdesign Leben unter Besatzung erfahrbar macht.

SCHUTZ VON MENSCHENRECHTSVERTEIDIGERINNEN

HEBRON, 2013. Die AktivistInnen von YAS versammeln sich im Ramadan zum gemeinsamen Fastenbrechen. Aus dem Dunkel des Olivenhains fällt plötzlich ein Schuss. Niemand wird verletzt. Nur die Hauswand hat ein Loch. Gewaltfreie AktivistInnen und ihre Familien sind immer wieder gewaltsamen Übergriffen und Menschenrechtsverletzungen vom israelischen Militär und SiedlerInnen ausgesetzt. Sie

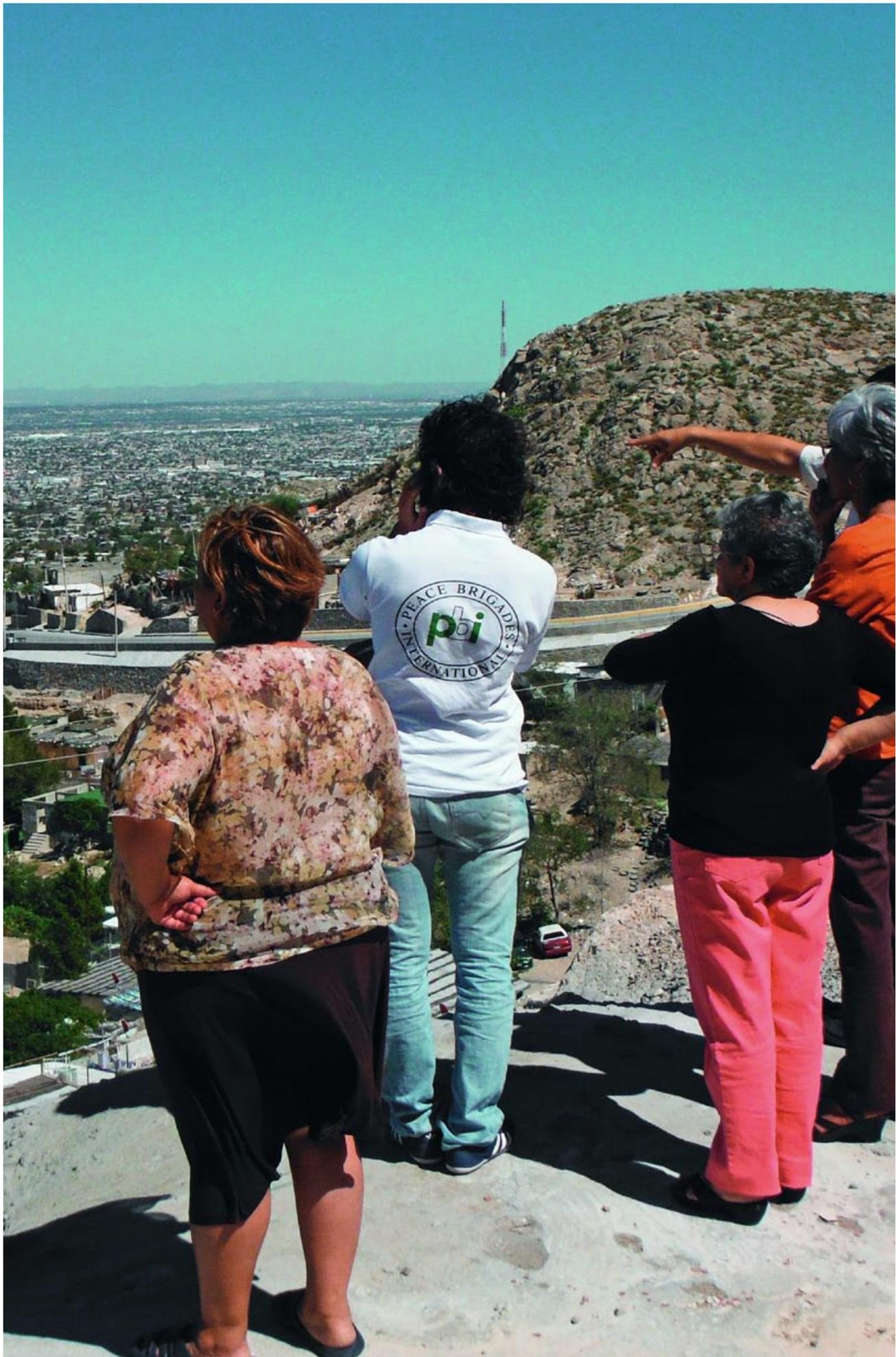
alle kennen gewaltsame Räumungen von gewaltfreien Demonstrationen, nächtliche Hausdurchsuchungen, willkürliche Verhaftungen und die gewaltfreien AktivistInnen, die bisher ums Leben gekommen sind. Schutz von MenschenrechtsverteidigerInnen ist daher ein wichtiges Arbeitsfeld der KURVE Wustrow mit ihren PartnerInnen. In protection workshops entwickeln AktivistInnen Ansätze für physische, psychische und digitale Sicherheit. Durch Anerkennung gewaltfreier AktivistInnen als MenschenrechtsverteidigerInnen von EU oder UN wird zudem internationale Öffentlichkeit hergestellt. Diese wiederum erhöht die Chance, MenschenrechtsverteidigerInnen in israelischen Militärgefängnissen schneller zu einer Freilassung zu verhelfen.

WIDERSTAND IN ISRAEL

TEL AVIV, 2014. Über 350 IsraellInnen lauschen gespannt AktivistInnen und ForscherInnen aus Israel, Palästina und anderen Ländern. In Workshops diskutieren sie darüber, was gewaltfreier Widerstand ist, wie er effektiv sein kann und wie Feminismus und Gewaltfreiheit zueinander stehen. Als feministische Organisation setzt sich die Coalition of Women for Peace (CWP) in Tel Aviv-Yafo seit 2000 gewaltfrei für ein Ende der Besatzung sowie der Unterdrückung von Frauen ein. Israelische AktivistInnen spielen eine wichtige Rolle im gewaltfreien Widerstand in Nahost. Durch ihre Teilnahme an gewaltfreien Aktionen im besetzten palästinensischen Gebiet zeigen sie ihre Solidarität mit PalästinenserInnen; ihre Präsenz führt zu weniger starken Repressionen gegen palästinensische AktivistInnen. Vor allem aber schaffen sie in ihrer eigenen Gesellschaft Bewusstsein für die Realitäten der israelischen Militärbesatzung des palästinensischen Gebiets und für gewaltfreien Widerstand als legitimen und überzeugenden Weg zu gerechtem Frieden. Die Konferenz „A Hole in a Brick Wall“ ist einer der Ansätze, mit dem die CWP in Zusammenarbeit mit der KURVE Wustrow die israelische Gesellschaft erreicht.

Strategie, Medien und Advocacy, Menschenrechtsschutz und gemeinsamer gewaltfreier Widerstand sind Schlüsseldimensionen für effektive, kreative und nachhaltige gewaltfreie Bewegungen. Durch die Zusammenarbeit mit YAS, PSCC und der CWP wollen wir einen Beitrag leisten für ein Ende der Besatzung, für Menschen- und BürgerInnenrechte und für gerechten Frieden in Nahost.

QUELLE: KURVE WUSTROW
TITEL: GEWALTFREI FÜR GERECHTEN FRIEDEN IN NAHOST
TEXT: THIMNA BUNTE
FOTOS: KURVE WUSTROW



BLICK AUF DIE STADT CHIHUAHUA

Schutzbegleitung im Norden Mexikos: Ein Rückblick auf die ersten zwei Jahre

Die Menschenrechtslage in Mexiko ist prekär. Die Zivilbevölkerung ist sowohl Angriffen rivalisierender Drogenkartelle als auch Übergriffen der staatlichen Sicherheitskräfte ausgesetzt. Das haben kürzlich auch die Ereignisse um die verschwundenen 43 Lehramts-Studierenden in der Kleinstadt Iguala gezeigt. Die Hintergründe dieses Verbrechens sind nach wie vor nicht aufgeklärt. Viele der Studierenden gehören der indigenen Bevölkerung Mexikos an. Diese ist besonders von sozialer, politischer und wirtschaftlicher Ausgrenzung betroffen. Aber auch Migrantinnen und Migranten auf ihrem langen Weg durch Mexiko nach Nordamerika sind vielen Gefahren ausgesetzt.

Um auf die Menschenrechtslage im Land aufmerksam zu machen, suchen die Partner des ZFD den Kontakt mit lokalen Politikerinnen und Politiker und Botschaften. Sie weisen auf die vorherrschenden Si-

cherheitsmängel und den fehlenden Dialog zwischen Regierung und Zivilgesellschaft hin. Dieses Advocacy ist ein fundamentaler Bestandteil der Arbeit des Zivilen Friedensdienstes.

Seit fast zwei Jahren arbeitet pbi in den mexikanischen Bundesstaaten Chihuahua und Coahuila an der Grenze zu den USA. Damit gehört peace brigades international zu den wenigen internationalen Organisationen, die permanent in der Region präsent sind. Trotz einiger Fortschritte, die seit der Einrichtung des neuen Regionalteams erzielt wurden, ist die Sicherheitslage für Menschenrechtsaktivisten und Menschenrechtsaktivistinnen noch immer sehr beunruhigend. pbi unterstützt die Partnerorganisationen beim Aufbau von Unterstützungsnetzwerken, vermittelt Kontakte zu Politik und Diplomatie und organisiert Rundreisen ins Ausland.



FEIER ZUR ERÖFFNUNG DES NEUEN PBI-BÜROS IM NORDEN MEXIKOS (CHIHUAHUA, 2013)

VON ERIK WEBER

In den vergangenen Jahren erhielt pbi Mexiko vonseiten der mexikanischen Zivilgesellschaft im ganzen Land eine Vielzahl von Anfragen für eine Begleitung durch die internationale Organisation. Zum großen Teil ist dies auf die Zunahme von Aggressionen, Drohungen und Schikanen gegen MenschenrechtsverteidigerInnen und den Konflikt zwischen Drogenkartellen und Sicherheitskräften zurückzuführen. Aufgrund dieser Situation initiierte pbi Mexiko im Jahr 2012 Erkundungsmissionen in verschiedene Bundesstaaten der Republik, unter anderen Chihuahua und Coahuila. Im Anschluss an diese Erkundungsmissionen beschloss pbi, neben dem Team in Oaxaca und dem Koordinationsbüro in Mexiko-Stadt ein neues Team im Norden des Landes aufzubauen.

Die beiden Bundesstaaten Coahuila und Chihuahua wurden in den Erkundungsmissionen als Staaten mit besonders hohen Risiken für MenschenrechtsverteidigerInnen ausgemacht. Diese Schlussfolgerung wurde durch einen Bericht vom Büro des Hohen Kommissars für Menschenrechte der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2013 gestützt, der Guerrero, Oaxaca, Chihuahua, Coahuila und Mexiko-Stadt als die gefährlichsten Staaten für MenschenrechtsverteidigerInnen identifiziert. Das verdeutlichen auch die Geschehnisse im September vergangenen Jahres in Iguala, Guerrero, bei denen 43 StudentInnen von Sicherheitskräften entführt wurden und seitdem verschwunden sind. Lokale AktivistInnen werden häufig bedroht, angegriffen, diffamiert oder sogar gefoltert und getötet. Die Themen, mit denen MenschenrechtsverteidigerInnen in diesen Staaten arbeiten, stehen stellvertretend für die Situation im ganzen Land: Verletzungen der Rechte von Migranten, Folter,

Tötung, Gewaltames Verschwindenlassen, Morde an Frauen, mangelnde öffentliche Sicherheit und Machtmissbrauch durch Sicherheitskräfte.

Im August 2013 wurde das Büro in der Stadt Chihuahua im gleichnamigen mexikanischen Bundesstaat eröffnet und bestand zunächst nur aus zwei MitarbeiterInnen. Seitdem hat sich das Team kontinuierlich vergrößert und seine politischen und zivilgesellschaftlichen Netzwerke ausgebaut. Inzwischen begleitet das (internationale) Team fünf lokale Menschenrechtsorganisationen und tritt vor Ort für den Schutz der MenschenrechtsverteidigerInnen ein. Während des Jahres 2014 und in der ersten Hälfte des Jahres 2015 organisierte pbi Workshops zu Sicherheit und Interessenvertretung, half dabei, die Unterstützungsnetzwerke der Organisationen auszubauen, vermittelte wichtige Kontakte zu Diplomatinnen, PolitikerInnen und Stiftungen und organisierte Rundreisen ins Ausland. All diese Maßnahmen haben das Ziel, den AktivistInnen Werkzeuge zu vermitteln, die sie dazu befähigen, ihr eigenes Risiko zu minimieren.

Vier der fünf begleiteten Organisationen erhalten besondere Schutzmaßnahmen aus einem staatlichen Programm. Das pbi-Team überwacht die Implementierung dieser Maßnahmen, indem es mit den verantwortlichen Behörden verhandelt und die Organisationen zu den Treffen begleitet, bei denen die Maßnahmen überprüft werden. Im Jahr 2014 assistierte pbi bei der effektiven Implementierung der Sicherheitsmaßnahmen für ‚Paso del Norte‘, für die Migrantenherberge in Saltillo und bei der Gewährung von Maßnahmen für die Menschenrechtsorganisation ‚Juan Gerardi‘ im Juli 2014, nach fast einem Jahr Wartezeit.



ETLICHE MENSCHEN WURDEN IN MEXIKO OPFER GEWALTSAMEN VERSCHINDENLASSENS

Am 6. November 2014 feierte pbi mit einer Veranstaltung in Chihuahua-Stadt das einjährige Bestehen seines Teams in den zwei nördlichen Bundesstaaten. MenschenrechtsverteidigerInnen aus Chihuahua und Coahuila traten dabei in einen direkten Dialog mit VertreterInnen von fünf europäischen Botschaften. Bei dem Festakt wiesen sie insbesondere auf die vorherrschenden Sicherheitsmängel und den fehlenden Dialog zwischen Regierung und Zivilgesellschaft hin. Zudem wurde über die fortlaufende und gefährliche Suche nach Tausenden vermissten Personen in Coahuila und die Verletzung der Rechte von MigrantInnen gesprochen, die die beiden Staaten auf ihrem Weg in die USA passieren.

Eines der bedeutendsten Probleme in Chihuahua und Coahuila ist das Gewaltsame Verschwindenlassen. Offizielle Statistiken gehen von mindestens 23.000 vermissten Personen in Mexiko seit 2006 aus. Die Verantwortlichen werden jedoch selten zur Rechenschaft gezogen. Laut Human Rights Watch waren in 149 der 249 von ihnen beispielhaft dokumentierten Fälle von verschwundenen Personen staatliche Akteure an den Verbrechen beteiligt. Recherchen von Amnesty International haben zudem gezeigt, dass in 40 Prozent der Fälle von verschwundenen Personen keine polizeilichen Untersuchungen eingeleitet wurden. Im Rahmen einer Kampagne am internationalen Tag der Opfer des Gewaltsamen Verschwindenlassens im August begleitete pbi die Menschenrechtszentren ‚Juan Gerardi‘ und ‚Fray Juan de Larios‘ zu einem staatlichen Forum über ein ‚Gesetz über das Verschwinden von Personen‘. pbi unterstützte die Organisationen außerdem bei einem Treffen mit dem Gouverneur von Coahuila und anderen staatlichen und nationalen Autoritäten sowie bei

einem Demonstrationmarsch für die Freilassung der Verschwundenen in Saltillo. Im Rahmen der Schutzbegleitung überwacht pbi die Ermittlungen und die Suche nach den Vermissten in Coahuila.

Ohne Zweifel einer der wichtigsten Aspekte der Arbeit von pbi ist das Steigern der gefühlten Sicherheit der AktivistInnen. Jorge Verástegui vom Menschenrechtszentrum Fray Juan de Larios fühlt sich durch die Begleitung von pbi weniger allein gelassen und versichert, dass die Begleitung einen großen Unterschied für die Organisation macht. Auch andere Partnerorganisationen in Mexikos Norden bestätigten, dass sie sich dank der Begleitung durch pbi deutlich sicherer fühlen. Nicht zuletzt als Folge dessen hat ‚Juan Gerardi‘ ein neues Migrationszentrum in Torreón eröffnet, und ‚Paso del Norte‘ konnte in ein größeres Büro umziehen und die Arbeit ausbauen. Besonders erfreulich ist, dass seit Aufnahme der Arbeit von pbi vor zwei Jahren keine der begleiteten Organisationen im Norden schwere Sicherheitsvorfälle erleiden musste.

Nichtsdestotrotz liegt noch eine Menge Arbeit vor dem Team und seinen lokalen Partnerorganisationen. Die Menschenrechtslage in der Region ist nach wie vor sehr angespannt, und es bleibt ein langwieriger Prozess, die nationale und internationale Aufmerksamkeit auf die Situation der MenschenrechtsverteidigerInnen zu lenken.

QUELLE: PBI RUNDBRIEF, SOMMER 2015
TITEL: SCHUTZBEGLEITUNG IM NORDEN MEXIKOS: EIN RÜCKBLICK AUF DIE ERSTEN ZWEI JAHRE
TEXT: ERIK WEBER
FOTOS: PBI



DIE BEVÖLKERUNG VON PROVINCIAL WEHRT SICH GEGEN DEN BERGBAUKONZERN CERREJÓN. BEI EINEM SOGENANNTEN MEINUNGSTRIBUNAL KOMMEN DIE MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN DER FIRMA ZUR SPRACHE

Wasser ist wichtiger als Kohle

DAS ANWALTSKOLLEKTIV JOSÉ ALVEAR RESTREPO BEGLEITET IM NORDOSTEN KOLUMBIENS MENSCHEN, DENEN DER STEINKOHLEABBAU DIE LEBENSGRUNDLAGE NIMMT

Kolumbien gehört zu den weltgrößten Exporteuren von Steinkohle. Besonders unter der Präsidentschaft von Alvaro Uribe Vélez wurde der Abbau des Energieträgers massiv vorangetrieben. Im Gegenzug wird Deutschland ab 2018 die eigene Förderung endgültig einstellen und damit komplett auf Importe angewiesen sein. Schon heute kaufen die meisten deutschen Energieunternehmen große Mengen kolumbianischer Kohle ein, die fragwürdigen Produktionsbedingungen spielen dabei jedoch keine nennenswerte Rolle. Rohstoffabbau führt häufig zu Konflikten, vor allem mit indigenen bzw. afrokolumbianischen Gruppen, da sie ihre von der kolumbianischen Verfassung und internationalem Recht geschützten Territorien oft nicht für den industriellen Bergbau zur Verfügung stellen wollen.

Der Schwerpunkt des ZFD-Landesprogramms der AGEH in Kolumbien liegt daher in der konstruktiven Bearbeitung von Konflikten um Land und Lebensraum. Über kolumbianische Partnerorganisationen erreicht das Programm insbesondere afrokolumbianische, indigene und bäuerliche Gemeinden in

den Schwerpunktregionen Pazifik und Osten des Landes. Die vom bewaffneten Konflikt sowie von Bergbau- und Agrargroßprojekten betroffenen Gemeinden werden in ihren Organisationsstrukturen gestärkt, damit sie sich für ihre Rechte und den Schutz von Land und Lebensraum einsetzen können. Zudem sollen sie in die Lage versetzt werden, die nachhaltige Nutzung ihres Landes gegenüber wirtschaftlichen Interessen nationaler und internationaler Großunternehmen zu verteidigen.

Die Politikwissenschaftlerin Petra Langheinrich arbeitete von 2013 bis 2015 als Beraterin bei dem Anwaltskollektiv José Alvear Restrepo (CCAJAR), das sich für die Stärkung indigener und afrokolumbianischer Gemeinschaften einsetzt, die durch extensive Rohstoffförderung in ihrer Existenz bedroht sind. Verunreinigte Gewässer und chronische Krankheiten durch die Dauerberieselung mit Staub: Das sind nur zwei der Auswirkungen, die der rücksichtslose Abbau von Steinkohle auf die indigenen und afrokolumbianischen Gemeinden der Guajira im Nordosten Kolumbiens haben.

VON PETRA LANGHEINRICH Luis Emiro Guariyu fischt einen Kohlebrocken aus dem trüben Ranchería-Fluß und antwortet auf meine Fragen. Nein, Mitarbeiter des Umweltministeriums hätten nicht auf seine Anzeige reagiert. Ja, informiert habe er sie schon mehrmals, zuletzt vor zwei Wochen. Aber wie immer sei nichts passiert. Vorsichtig deponiert er das schwarze Kohlestück am Uferrand: „Wir sterben hier aufgrund der Kohlemine“, sagt er. Aber das interessiere den Staat genauso wenig wie das Bergbauunternehmen Cerrejón. Ich lasse das Aufnahmegerät mitlaufen und schreibe alles wortgetreu auf.

Luis Emiros Zeugenaussage ist Teil der integralen Protektionsstrategie des Colectivo de Abogados José Alvear Restrepo (CCAJAR), ein Anwaltskollektiv, das ich im Rahmen des ZFD-Programms der AGEH begleite. Unser Verfahren kombiniert juristische Aktionen mit Gemeindefarbeit und Political-Advocacy-Strategien.

GEFÄHRLICHER KOHLESTAUB IST ÜBERALL

Luis Emiro Guariyu ist der Gouverneur des indigenen Wayuu Reservats Provincial im Guajira Department im Nordosten Kolumbiens. 132 Familien leben dort auf nur knapp 550 Hektar Land. Provincial liegt direkt neben einer der größten Tagebau-Steinkohleminen der Welt. Während für die Bergbauindustrie täglich Millionen Liter Wasser aufgewendet werden, haben die Menschen in ihrer Nachbarschaft kein sauberes Trinkwasser – und das bei 40 Grad Dauerhitze. Für über 69.000 Hektar Land hat das Unternehmen Cerrejón in den letzten Jahrzehnten Bergbaukonzessionen erhalten; weite Teile davon sind heute ein riesiges, staubiges Loch. Die Steinkohle wird aus dem Boden gesprengt und mit Muldenlastern abtransportiert. Das verursacht gefährliche Wolken von Staub, der kilometerweit durch die Luft zieht und überall auf die Menschen niederrieselt. Das Wasser und der Boden sind verschmutzt, das Pflanzenwachstum beeinträchtigt. Die Anwohner von Provincial klagen über chronische Atemwegserkrankungen, Reizungen von Haut und Augen, Lungenkrankheiten, Krebs und sogar zehn krankheitsbedingte Todesfälle zwischen 2000 und 2010.

Die einzigen Umweltstudien oder Gesundheitsanalysen, die es gibt, sind vom Unternehmen in Auftrag gegeben oder kofinanziert. Deshalb dokumentieren die betroffenen Gemeinden die Schäden akribisch selbst und reichen immer wieder Anzeigen bei staatlichen Institutionen ein. „Wo sind denn die Kopien der vorherigen Anzeigen?“, frage ich Luis Emiro. „Gibt es nicht“, antwortet mir der Gouverneur. Die Ministerien hätten ihm nie eine Kopie mit nach Hause gegeben. Er zuckt mit den Schultern: „Die Regierung hört sowieso nicht auf mich.“ Seit 30 Jahren werden

Menschenrechtsverletzungen in der Kohleproduktion nicht geahndet. Juristische Klagen der Bevölkerung gegen Cerrejón ziehen die Behörden oft extrem in die Länge, sie verlaufen im Sande. Deshalb haben wir beim CCAJAR alternative Strategien entwickelt. Die Idee: Wir veranstalten ein Meinungstribunal, vor dem die Betroffenen Anklage gegen Cerrejón erheben und deren Menschenrechtsverletzungen deutlich machen können. Es hat zwar keine juristischen Konsequenzen, aber es ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg der Gemeinden, sich gegen Strukturen der Unterdrückung und Rechtlosigkeit zur Wehr zu setzen.

TRIBUNAL PRANGERT STRAFFREIHEIT FÜR MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN AN

Für uns bedeutet die Vorbereitung des Tribunals viel Arbeit: Beweise dokumentieren, Fotos archivieren, Unterkünfte organisieren, an eine Pressestrategie denken, Übersetzungen absprechen. Als Richter und Richterinnen schlage ich ausländische Expertinnen und Experten vor, die einen Bezug zur Kohlethematik haben und das Tribunal auf internationales Niveau anheben. Einladungen werden verschickt, Busse organisiert. Am 7. August 2014 kommen mehr als 250 Personen aus Kolumbien und dem Ausland zum Tribunal.

Angesichts der Macht, die das Bergbauunternehmen im Land hat, ist es ein enormer Fortschritt, dass Bürgerinnen und Bürger mit unserer Hilfe den Mut finden, ihre Nöte an diesem Tag öffentlich zu machen. Luis Emiro Guariyu ist einer von vielen, die Anklage erheben. Er tritt ans Mikrofon und hält einen Stapel Papiere hoch: „Ich klage die Regierung und das Unternehmen Cerrejón an, uns das Wasser wegzunehmen. Während Cerrejón täglich 17 Millionen Liter Wasser für die Kohleproduktion verbraucht, haben wir nicht einmal sauberes Trinkwasser. Hier habe ich die Kopien meiner Anzeigen an das Umweltministerium!“ Er zwinkert mir vom Mikrofon aus zu.

QUELLE: CONTACTS 3/2014
TITEL: WASSER IST WICHTIGER ALS KOHLE
TEXT: PETRA LANGHEINRICH
FOTO: PETRA LANGHEINRICH



JUNGE JOURNALISTINNEN VON EJO! YOUTH ECHO

„Wir wollen den jungen Leuten eine Stimme geben“

Der Völkermord an den Tutsi in Ruanda im Jahr 1994 hat weltweit Bestürzung ausgelöst. Schätzungen gehen von bis zu einer Million Toten aus. Auch mehr als zwanzig Jahre nach dem Genozid bleibt Ruanda von der Gewalterfahrung geprägt. Traumatisierung wird an nachfolgende Generationen weitergegeben und steht auch im Zusammenhang mit häuslicher und sexualisierter Gewalt in der Gegenwart. Junge Menschen – in Ruanda stellen sie etwa die Hälfte der Bevölkerung – stehen dabei oft zwischen der offiziellen politischen Lesart der Vergangenheit, der eigenen Wahrnehmung und der der Eltern. In den Dörfern bilden Misstrauen, unzureichende Dialogerfahrung und ungelöste Konflikte häufig einen Nährboden für weitere Kollisionen zwischen polarisierten Gruppen. Auch das Verhältnis zu den Nachbarländern Kongo und Burundi ist infolge des Genozids bis heute sehr angespannt.

In enger Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH) und in Vernetzung mit anderen internationalen Akteuren arbeitet

der ZFD der GIZ grenzübergreifend in der Große-Seen-Region in den Bereichen Traumaarbeit auf lokaler Ebene, Vergangenheitsarbeit, Dialogförderung und gewaltfreie Konfliktbearbeitung sowie Berichterstattung für den Frieden. Die verschiedenen Akteure werden dabei unterstützt, die trennenden Faktoren zu überwinden und ein gesellschaftliches Zusammenleben zu gestalten, das die Entfaltungsmöglichkeiten jedes Einzelnen respektiert und wertschätzt. ZFD-Fachkräfte beraten und begleiten Prozesse und stärken die Partner in ihrer Kompetenz zur Konfliktfrüherkennung, gewaltfreier Bearbeitung und umfassenden sozialen Inklusion.

Einer der lokalen Partner ist die Jugendmedienorganisation Ejo! Youth Echo (EYE). EYE produziert seit 2008 eine grenzübergreifende Radiosendung in der Region der Großen Afrikanischen Seen mit dem Ziel, die durch den Genozid verstärkten Vorurteile abzubauen. Johanna Wild ist eine von der GIZ entsandte ZFD-Fachkraft und erzählt im Interview, um was es bei ihrer Arbeit vor Ort geht.



RADIOSENDUNG VON EJO!

GESPRÄCH MIT DER FRIEDENS-
FACHKRAFT JOHANNA WILD

Frau Wild, als ausgebildete Journalistin unterstützen Sie Ejo!

Youth Echo – kurz EYE – seit Ende 2011. Wie kam es dazu?

Neben meiner praktischen Journalismusausbildung habe ich Kulturgeschichte in Deutschland und Frankreich studiert und zusätzliche Veranstaltungen zu Friedensforschung und internationaler Politik besucht. Dabei habe ich mich vor allem intensiv mit

Ruanda beschäftigt und mir fiel auf, dass es viele optimistische, aber auch sehr viele pessimistische Auffassungen von der Gegenwart und Zukunft des Landes gibt. Als Journalistin habe ich mich dann immer gefragt: Woran liegt das? Wie gehen die Journalistinnen und Journalisten vor Ort damit um und was denken sie selbst über den Friedensprozess? Zu der Zeit hatte die GIZ eine Stelle als unterstützende ZFD-Fachkraft für EYE in Ruanda ausgeschrieben. Das hat also prima gepasst.

Was kann denn eine Jugendmedienorganisation zum Friedensprozess beitragen?

Als Folge des Genozids gibt es immer noch viele Grenzlinien in der Bevölkerung. Nachkommen von Tätern werden gesellschaftlich der „Täterfamilie“ zugeordnet, was den Kontakt mit Nachkommen von Opfern erschwert. Außerdem ist die Mehrheit der ruandischen Bevölkerung jung, jedoch kaum in den Medien vertreten. Genau da setzt EYE an: Wir wollen den jungen Leuten eine Stimme geben. Deshalb führen die Journalistinnen und Journalisten von EYE regelmäßig Gespräche mit jungen Erwachsenen im Hinblick auf Vergangenheitsbewältigung. So haben sie beispielsweise eine Sendung produziert, in der sie Nachkommen von Tätern und Opfern interviewt haben. Dabei konnten sie herausstellen, dass der Alltag beider heute eigentlich gar nicht so unterschiedlich ist. So wird das Verständnis füreinander gefördert. Die Sendungen sollen aber auch Spaß machen. Deshalb berichtet EYE auch über Themen, die junge Erwachsene im Allgemeinen interessieren und verbinden, wie beispielsweise Musikfestivals.

Und das kommt auch an bei der Zielgruppe?

Inzwischen erreicht EYE rund eine Million Hörerinnen und Hörer. Die Sendungen werden jeden Sonntagmorgen in ganz Ruanda ausgestrahlt und dauern circa 30 Minuten. Außerdem gibt es noch eine grenzüberschreitende Radiosendung, die dann einmal im Monat auch im Kongo und in Burundi ausgestrahlt wird. Denn unter anderem als Folge des Genozids ist das Verhältnis zwischen Ruanda, dem Kongo und Burundi bis heute sehr angespannt. Deshalb lässt EYE auch die Jugend im Kongo und in Burundi zu Wort kommen, um auch den länderübergreifenden Dialog und das Verständnis untereinander zu fördern. Die grenzüberschreitende Sendung ist allerdings derzeit von der politischen Situation in Burundi betroffen. Alle burundischen Partnerradiostationen von EYE wurden attackiert und senden derzeit nicht mehr. Die Sendung wird deshalb vorübergehend nur zwischen Ruanda und Kongo fortgeführt, soll aber auf jeden Fall auch wieder mit Burundi weitergehen, sobald die dortigen Radiostationen ihre Arbeit wieder aufnehmen können.

Der ZFD entsendet Fachkräfte, die lokale Organisationen vor Ort direkt unterstützen. Wie bringen Sie Ihr journalistisches Fachwissen in die Arbeit von EYE ein?

Ich berate die Kolleginnen und Kollegen von EYE regelmäßig und gebe Workshops, in denen wir verschiedene Themen des journalistischen Handwerks behandeln. Mein zentraler Ansatz ist dabei der konfliktsensible Journalismus. Noch heute verstärken die Medien in der Region der Großen Seen

eher die negativen Stereotype gegenüber anderen Identitätsgruppen, die es teilweise schon seit der Zeit vor oder während des Genozids gibt. Konfliktsensibler Journalismus heißt aber, alle Parteien zu Wort kommen zu lassen. Auf diese Weise können die Hörerinnen und Hörer die verschiedenen Aussagen kritisch gegeneinander abwägen und sich eine eigene Meinung bilden. So trägt EYE dazu bei, Vorurteile abzubauen und ein friedliches Miteinander zu fördern. Das setzt natürlich die entsprechende Haltung der Sendungsgestaltenden voraus. Einen großen Erfolg haben wir da mit der regionalen Produktion erreichen können. Immer mehr Journalistinnen und Journalisten aus Ruanda sind dazu bereit, in den Kongo oder nach Burundi zu reisen und mit Kolleginnen und Kollegen dort zusammen zu arbeiten. Anfangs hatten viele Angst und haben versucht, sich davor zu drücken. Wenn sie dann aber das erste Mal im Kongo oder in Burundi waren, sind sie wie verwandelt. Meist haben sie dann erlebt, dass alles Negative, was sie über ihre Nachbarn gehört haben, nicht stimmt. Man merkt, wie sie ins Grübeln kommen und anfangen, Dinge zu hinterfragen. Das ist wirklich ein toller Fortschritt.

Sie werden EYE noch bis Ende August unterstützen. Wie geht es dann mit der Arbeit vor Ort weiter?

Der ZFD hat den Ansatz des konfliktsensiblen Journalismus in seiner Strategie für Ruanda für die kommenden Jahre fest verankert. Deshalb wird in den nächsten Jahren weiter zusammen mit EYE gearbeitet. Für uns als Programm des ZFD der GIZ ist das eine tolle Chance, weiterhin viel zu bewirken –für ein friedvolles Miteinander in der Region der Großen Seen.

QUELLE: GIZ NEWS LFD.-NR. 916

TITEL: „WIR WOLLEN DEN JUNGEN LEUTEN EINE STIMME GEBEN“

TEXT: NINA SCHIEGL

FOTOS: ZFD/GIZ

Handbücher



EX-JUGOSLAWIEN

Reconciliation?! Training Handbook for Dealing with the past

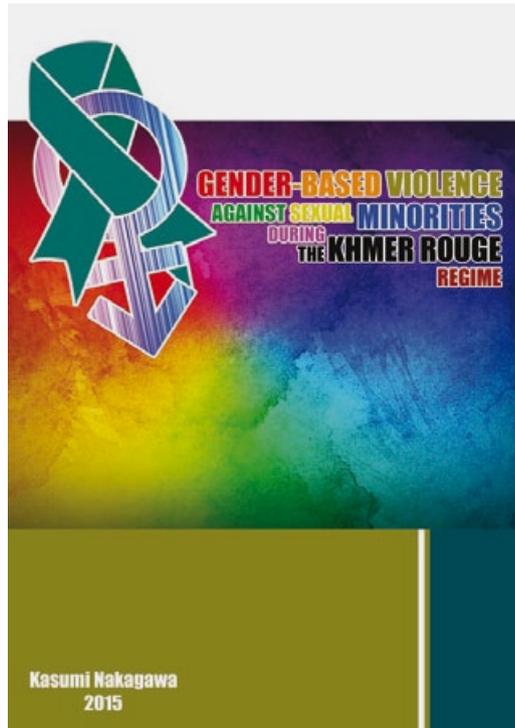
Das „Centre for Nonviolent Action“ engagiert sich für die Vergangenheitsarbeit in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens. Es wurde 1997 in Sarajevo gegründet und wenig später eröffnete ein zweites Büro in Belgrad. Das Handbuch „Reconciliation?! Training Handbook for Dealing with the Past“ basiert auf der Arbeit der Organisation und ihrer langjährigen Praxiserfahrung. Die Publikation wurden mit Mitteln des BMZ finanziell unterstützt.

Die Autoren des Handbuchs geben mit einleitenden Essays, anwendungsorientierten Beispielen und einem umfangreichen Glossar der wichtigsten Begriffe Einblicke in ihre Arbeit und vor allem in ihre reichhal-

tigen Erfahrungen mit der Thematik. Es wird deutlich, dass die Überlegungen und die daraus abgeleiteten Methoden auch in anderen Kontexten anwendbar sind. Zugleich betonen die Autoren aber, dass sie keine simplen Blaupausen liefern können und wollen. Stattdessen sehen sie ihre Ansätze mehr als Denkanstöße, damit andere von ihren Erfahrungen profitieren und eigene Strategien entwickeln können.

Im Kern zielt das Handbuch darauf ab, wie Individuen in konkreten Übungen zu reflektiertem, sensiblem Handeln erzogen werden können. Dazu führen die Autoren eine ganze Reihe von Werkzeugen wie Rollenspiele ein, die in Trainings-Workshops angewandt werden können. Dabei geht es beispielsweise darum, wie sich die Teilnehmenden kennenlernen, wie sie den Kontext des Konflikts erfassen und wie sie selbst Versöhnung umsetzen können.

KOSTENFREIER DOWNLOAD AUF: ZIVILER-FRIEDENSDIENST.ORG



KAMBODSCHA

Gender-based violence against sexual minorities during the Khmer Rouge regime

Von 1975 bis 1979 beherrschten die Roten Khmer Kambodscha und versuchten mittels massiver Gewalt, das Land in eine Form von Agrarkommunismus zu verwandeln. Die Aufarbeitung dieser Zeit ist noch immer nicht abgeschlossen. Die japanische Wissenschaftlerin Kasumi Nakagawa arbeitet seit vielen Jahren in Kambodscha und engagiert sich für die Rechte der LGBT (aus dem englischen Sprachraum kommende Abkürzung für Lesbian, Gay, Bisexual und Transgender). In diesem Zusammenhang hat sie nun eine Studie vorgelegt zur Diskriminierung sexueller Minderheiten unter der Herrschaft der Roten Khmer.

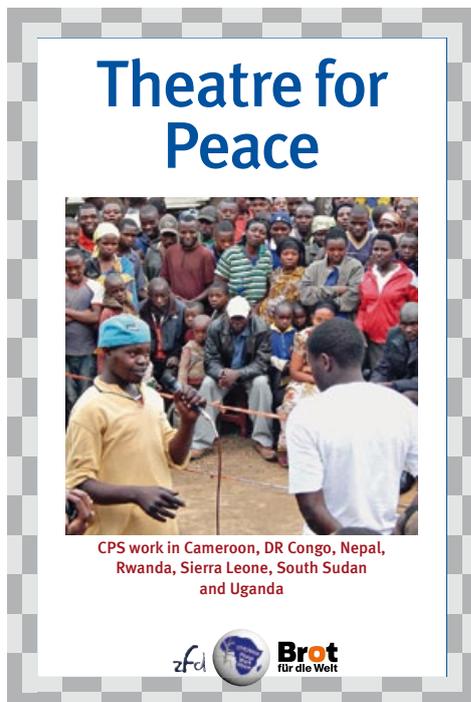
Sexuelle Diskriminierung bis hin zu körperlicher Gewalt ist in Kambodscha ein Tabuthema, und das gilt nicht zuletzt auch für die Aufarbeitung der Jahre 1975 bis 1979. Die Autorin hat 48 Angehörige sexueller Minderheiten nach ihren Erfahrungen unter den Roten Khmer befragt. Einige der Betroffenen

sprachen dabei erstmals über ihre traumatischen Erlebnisse. Nakagawa verortet ihre Arbeit in einem politisch-gesellschaftlichen Kontext: „Indem man der am stärksten marginalisierten Gruppe Gehör verschafft, kann man dazu beitragen, die älteren Opfer der Roten Khmer und die heutigen Jugendlichen gleichermaßen zu bestärken.“

Zu den Erkenntnissen der Studie zählt, dass alle Befragten ihre sexuelle Orientierung verbergen mussten und Angst vor Entdeckung hatten. Die Mehrheit von ihnen wurde zudem zwangsverheiratet, manche in der Ehe auch vergewaltigt. Während alle befragten homosexuellen Männer sexuelle Gewalt erlitten, gilt das für die homosexuellen Frauen in keinem Fall. Die Täter waren meist Soldaten der Roten Khmer, es gab aber auch Täter aus anderen sozialen Bereichen. Insgesamt stellt die Autorin fest, dass Menschen mit LGBT-Hintergrund Gewalterfahrungen machten, die sich von jenen der Mehrheitsgesellschaft deutlich unterscheiden.

Die Erstellung der Studie wurde durch den ZFD der GIZ unterstützt.

KOSTENFREIER DOWNLOAD AUF: ZIVILER-FRIEDENSDIENST.ORG



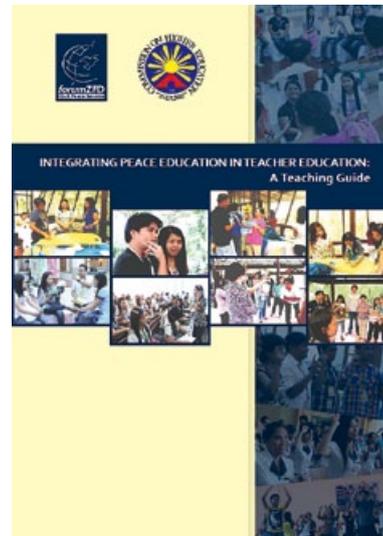
AFRIKA / NEPAL

Theatre for Peace

Theater kann einen wertvollen Beitrag leisten für die Bewältigung vielfältiger Konfliktlagen. In dem Band „Theatre for Peace. CPS work in Cameroon, DR Congo, Nepal, Rwanda, Sierra Leone, South Sudan and Uganda“ werden einige dieser Möglichkeiten vorgestellt, wie sie gemeinsam vom ZFD und seinen lokalen Partnern in Afrika und Nepal genutzt werden. Konkrete Erfahrungen aus der Praxis stehen dabei neben methodischen Überlegungen und Berichten über die Ergebnisse dieses Ansatzes. Zu den Autoren zählen Mitarbeitende von Brot für die Welt, aber auch Akteurinnen und Akteure aus den jeweiligen Ländern selbst.

Gerade in der Arbeit mit Jugendlichen zeigt sich, dass Theater ein wertvolles Instrument für die Bildung sein kann. Denn es eröffnet neue Perspektiven und lässt die Teilnehmenden ihre Vorurteile und Wertvorstellungen hinterfragen. Und das ist eine wichtige Voraussetzung für gesellschaftlichen Wandel und Frieden. Das aktuelle Beispiel der Ebola-Epidemie in Westafrika macht deutlich, wie wichtig es ist, die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf notwendige Änderungen in ihrem Verhalten zu lenken. Theater stellt hier einen möglichen Ansatz dar, um Risiken kenntlich zu machen, Ängste oder Aberglauben abzubauen und damit die Verbreitung der Krankheit einzudämmen.

KOSTENFREIER DOWNLOAD AUF: ZIVILER-FRIEDENSDIENST.ORG



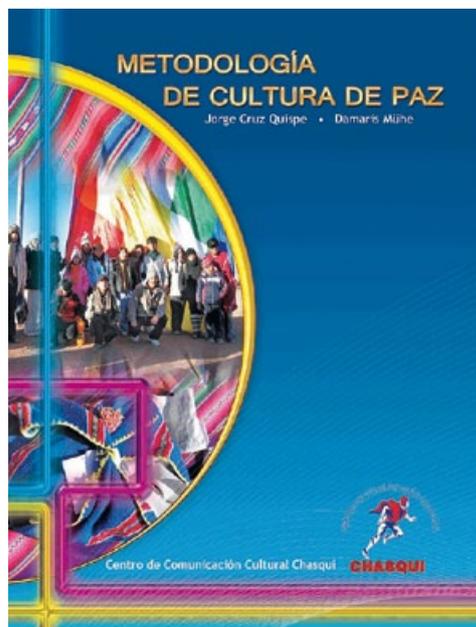
PHILIPPINEN

Integrating Peace Education in Teacher Education

Auf den Philippinen existiert seit dem Jahr 2006 ein Präsidenten-Erlass, Friedenserziehung in den Schulunterricht und in die Lehrerausbildung zu integrieren. An diesem Erlass setzte das gemeinsame Projekt der Commission of Higher Education im südlichen Mindanao und des *forumZFD* an: Das gesamte angehende Lehrpersonal der Region sollte einen Spezialkurs in Friedenserziehung absolvieren. Nach einer Pilotphase und mehreren Workshops an Universitäten in den Jahren 2011 bis 2013 wurde gemeinsam mit Lehrenden das Handbuch *Integrating Peace Education in Teacher Education* entwickelt. Das 150 Seiten starke Werk bietet nicht nur praktikable Unterrichtsmethoden, sondern liefert auch konkrete Informationen zu den Konflikten, an denen die große Insel Mindanao ebenso reich ist wie an Kulturen, Sprachen und fruchtbarem Land.

Das Handbuch gliedert das Thema Friedenserziehung in sechs Themen. Six »S« Peace Education Framework nennen die Autoren und Autorinnen ihr Konzept: Spirituality – Social Justice – Supporting Nonviolence – Strengthening Human Rights – Sustainable Development – Sensitivity. Dieses Konzept für die Friedenserziehung wurde von und mit den beteiligten Lehrenden entwickelt, gewissermaßen als Mindanao-Version international benutzter Konzepte, wie sie beispielsweise von Organisationen der Vereinten Nationen empfohlen werden.

KOSTENFREIER DOWNLOAD AUF: ZIVILER-FRIEDENSDIENST.ORG



BOLIVIEN

Metodologia de Cultura de Paz

Die ZFD-Fachkraft Damaris Mühe und ihr bolivianischer Kollege Jorge Cruz Quispe von der EIRENE-Partnerorganisation Centro de Comunicación Cultural CHASQUI präsentieren in diesem Handbuch verschiedene Methoden zur Förderung einer Kultur des Friedens, die sich auf das andine Konzept des *vivir bien*, des guten Lebens, stützt. Im Sinne des *vivir bien* orientieren sich die Methoden an vier Schlüsselthemen: Selbstachtung, Kommunikation, Kooperation und Konfliktbearbeitung. Das Handbuch ist für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in der Migrantenstadt El Alto im bolivianischen Hochland angelegt und soll dazu beitragen, ein friedliches Miteinander zu ermöglichen.

Die Konfliktzwiebel ist ein Modell aus dem Konfliktmanagement zur Analyse der verschiedenen Schichten eines Konflikts. Dieses Modell stellt die verschiedenen Ebenen grafisch dar:

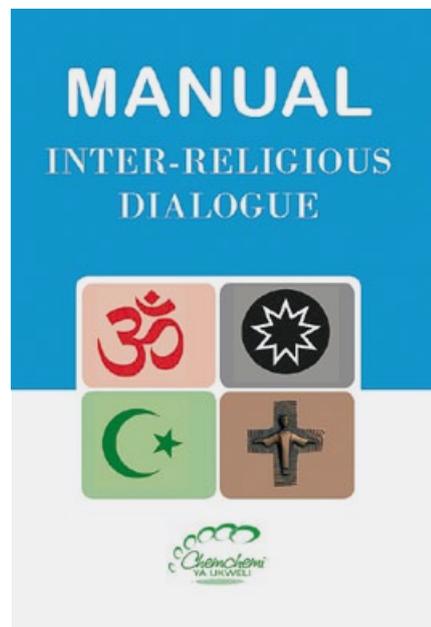
Positionen – was wir sagen

Interessen – was wir wollen

Bedürfnisse – was wir brauchen

Um Konflikte konstruktiv und nachhaltig zu bearbeiten, müssen die oftmals unter den Positionen verborgenen Interessen und Bedürfnisse der Konfliktparteiinnen und -akteure erkannt und adressiert werden.

KOSTENFREIER DOWNLOAD AUF: ZIVILER-FRIEDENSDIENST.ORG



KENIA

Manual Inter-Religious Dialogue

Kenia ist eine multiethnische und multireligiöse Gesellschaft. Zu den größeren Religionsgemeinschaften zählen das Christentum, der Islam, der Hinduismus und der Baha'i-Glaube. Außerdem gibt es das Judentum, den Buddhismus und traditionelle afrikanische Religionen. Vor dem Hintergrund der Gewalt nach den Wahlen 2007 und 2008 und den al-Shabab-Anschlägen in Garissa und Teilen Nairobis ist der Dialog zwischen den Religionen dringlicher geworden und sollte nicht länger einem theoretischen Diskurs überlassen bleiben. Religiöse Organisationen können nicht länger räumlich oder kulturell getrennt voneinander leben. Obwohl es viele Dokumentationen über den interreligiösen Dialog in Form von Essays, Studien und Berichten gibt, ist kein Handbuch in gedruckter Form verfügbar, das praktische Hinweise zur Frage enthält, wie ein interreligiöser Dialog geführt werden kann. So ist dieses Handbuch, das mit Unterstützung der AGEH entstand, wahrscheinlich das erste seiner Art. »Beginne den Dialog mit der Absicht zu lernen und zu wachsen und nicht mit dem Ziel, den anderen zu verändern.« – Eine der Regeln aus dem Handbuch, das praktische Richtlinien bieten möchte, so dass die Trainerinnen und Trainer nicht unbedingt religiöse Gelehrte sein müssen, um Dinge darlegen zu können, die ein interreligiöses Fortbildungsprogramm bereichern.

KOSTENFREIER DOWNLOAD AUF: ZIVILER-FRIEDENSDIENST.ORG

Weitere Informationen zum Zivilen Friedensdienst

WEBSEITE, SOCIAL MEDIA UND KONTAKT

Die Website www.ziviler-friedensdienst.org ist eine Plattform mit aktuellen Informationen und Recherchemöglichkeiten zum ZFD:

AKTUELLES

Wöchentlich werden Nachrichten von allen Organisationen des Konsortium ZFD auf der Homepage des Konsortiums ZFD präsentiert.

NEWSLETTER

Alle zwei Monate fasst unser Newsletter „ZFD aktuell“ die wichtigsten Informationen und aktuellsten Stellenanzeigen kompakt zusammen.

STELLENANZEIGEN

Unter www.ziviler-friedensdienst.org/jobs werden wöchentlich aktuelle ZFD-Stellenanzeigen aller Organisationen des Konsortiums ZFD zusammengefasst

PUBLIKATIONEN

Unter www.ziviler-friedensdienst.org/publikationen sind die Veröffentlichungen von allen ZFD-Akteuren in einer Datenbank gesammelt und können nach verschiedenen Kriterien gesucht werden: nach Ländern, Themen oder Medienformaten.

PROJEKTE

Unsere Projektdatenbank finden Sie unter: www.ziviler-friedensdienst.org/projekte

SOCIAL MEDIA

Folgen Sie uns auch in den sozialen Online-Netzwerken:

Twitter: @zfdnews

Facebook: www.facebook.com/ZivilerFriedensdienst

E-MAIL

kontakt@ziviler-friedensdienst.org

Ein Lesebuch des Zivilen Friedensdienstes. Berichte, Artikel und Dokumente 2014/2015

Herausgeber: Konsortium Ziviler Friedensdienst (ZFD) Bonn, 2016
Vertreten durch: Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V., Endenicher Straße 41, D-53115 Bonn

Unser Dank gilt allen, die mit Ihrer Arbeit zu dieser Sammlung von Dokumenten der ZFD-Arbeit beigetragen haben:
Mitarbeitende von ZFD-Partnerorganisationen im Ausland, Menschen aus deren Dialoggruppen, ZFD-Fachkräften, Autoren und Autorinnen, Fotografen und Fotografinnen sowie den Mitarbeitenden der neun Organisationen des Konsortium ZFD, die die Projekt- und Programmarbeit betreuen oder die deren Ergebnisse der Öffentlichkeit zugänglich machen.
Die Publikation wurde finanziert vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).
Konzept und einleitende Texte: Kersten Knoerzer, entwickeln + gestalten, unter Mitarbeit von Axel Weipert
Redaktion: Steffi Barisch, Christoph Bongard, Katharina Engels, Holger Harms, Dr. Ulrich Goedeking, Thorsten Klein, Maren Mittler, Bernd Rieche, Martina Rieken (verantwortlich), Romy Stanzel, Martin Zint, Axel Weipert.
Layout und Satz: FUK Graphic Design Studio, Berlin
Das Copyright an Fotos ist beim jeweiligen Bild vermerkt, außer Seite 2 (*forumZFD*)
© Konsortium ZFD, Bonn 2016

„Die Kooperativenmitglieder und ich saßen zusammen und sprachen über den Diebstahl einer Kuh vor ein paar Tagen. Sofort sagte einer der Anwesenden: „Das waren die Kikuyus“. Ich schlug vor, den Fall neutral, ohne ethnische Brille, zu betrachten. Am Ende waren sich die Kooperativenmitglieder einig, dass die Tat einen kriminellen, keinen ethnischen Hintergrund hat“

CONSTANCE BLENIG, FRIEDENSFACHKRAFT IN KENIA, SEITE 24

